

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beläge Die Neue Welt): Hans Markwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbann, Magdeburg. Druck von Frau Schmidt & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Sadowstraße 48, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 821. — Annumeration: jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Abnehmer in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und bei den Postämtern 2.25 Mk. Bei den Postämtern 2.25 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf. — Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Inserationsgebühren die sechsgealtete Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 1889

Nr. 194.

Magdeburg, Donnerstag, den 21. August 1902.

13. Jahrgang.

Fünfzig Millionen Reichsdefizit!

Große Eile überall! Die „notleidenden“ Agrarier klagen, daß sie nur durch Schutzzölle von 7,50 Mark oder 10 Mark oder noch mehr wieder in den Stand gesetzt werden können, ihre Strohdächer auszuflicken. Die Großindustriellen bestehen auf hohen Eisenzöllen, falls ihre jährlichen Millioneneinnahmen nicht zurückgehen sollen. Die Kaufleute wollen Handelsverträge, wenn dem deutschen Handel nicht die gefährlichsten Wunden geschlagen werden sollen. Die Arbeiter leiden seit über Jahresfrist unter den furchtbaren Wirkungen der Krise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit.

Wo alles klagt und über Niedergang jammert, kann es nicht Wunder nehmen, wenn auch die Reichsregierung mit einem recht anständigen Defizit vor das deutsche Volk tritt.

Ganz unvorbereitet kommen die im gestrigen „Reichsanzeiger“ publizierten Zahlen zwar nicht, denn schon im Februar dieses Jahres hat der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers einen Fehlbetrag im Reichshaushalt in Höhe von 50 916 000 Mark in Aussicht gestellt. Ferner hat er vor einigen Tagen seinen Urlaub unterbrochen, um der Zolltarifkommission vorzuzurechnen, daß der Verwendungsantrag des Centrums in Bezug auf die Zollüberschüsse bedenklich sei. Nach seiner jetzt im Wortlaut vorliegenden Rede hat er u. a. ausgeführt: „Seit 1901 hat, wie bekannt, die Finanzlage sich verschlechtert. Bereits in diesem Jahre hatten wir 15 Millionen Mark Ausfall bei den Heberweihungssteuern. Nach dem Etat für 1902 ergaben sich weitere 24 1/2 Millionen Mark ungedeckte Matrikularbeiträge. Die Erhöhung des Ansatzes der Zollsteuern um 12 Millionen Mark im Etat des laufenden Rechnungsjahres bildet ein Danaergeschenk des Reichstages an die verbündeten Regierungen; der Eingang dieser Summe ist ungewiß, gegenwärtig sogar außerordentlich fraglich, da das Ergebnis der ersten 3 Monate des Rechnungsjahres auf ein Zurückbleiben der Heberweihungssteuer um 7 1/2 Millionen Mark hinter dem Etatsansatz schließen läßt. Damit würden eintretenden Falles die ungedeckten Matrikularbeiträge um fernere 7 1/2 Millionen Mark steigen. Ueberdies ist mit einem Fehlbetrag in den eigenen Einnahmen des Reiches zu rechnen, dessen Einfluß sich allerdings später äußern wird. Unter den Ausgaben befindet sich eine Anzahl von Posten, die erfahrungsgemäß von Jahr zu Jahr zu wachsen pflegen. Dazu kommt die Zurückstellung einer Reihe dringlicher, aber bisher unbefriedigter Forderungen. Endlich steht im Hintergrunde die große Frage der allgemeinen Reichsfinanzreform, die schließlich einmal zustande kommen muß, weil das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten mit jedem Jahre unerquicklicher und unerfreulicher wird. — Alle die Erwägungen machen es unmöglich, gegenwärtig zu übersehen, ob der in dem vorliegenden Hauptantrage vorbezeichnete Weg gangbar sein wird, ohne den Reichshaushaltsetat dauernd zu belasten. Ich glaube, der Reichstag wird, wenn er dem Antrage stattgeben will, sich zugleich darüber klar sein müssen, daß der Reichsetat in späteren Jahren ohne neue Steuern nicht wird ins Gleichgewicht gebracht werden können.“

Nach dem Finalabschlusse der Reichshauptkasse stellt sich das nunmehr thatsächlich feststehende Reichsdefizit auf das nette Einkommen von

48 422 783,83 Mark.

Diese Summe setzt sich zusammen aus Mehrausgaben im Betrage von 21 Millionen und aus Mindereinnahmen im Betrage von 27 Millionen Mark. An den Mehrausgaben ist das Reichswehr mit 2 1/2 Millionen, die Marine mit 2 Millionen, das Reichsamt des Innern und die Verwaltung der Reichsschuld mit je 1/2 Mill., der Fuhrdienst mit 14 1/2 Millionen Mark beteiligt. Von den Mindereinnahmen entfallen auf die Reichs-Steuerpeltgaben 29 528 000 Mark. Die Abweichungen von der Etatsvoranschlagung finden hier ihren Ausgleich durch entsprechende Veränderung der unter den Ausgaben angeführten Ueberweisungen an die Bundesstaaten. Im ganzen stellen die Ueberweisungen an die Bundesstaaten sich auf 555 707 359,15 Mark, das sind 15 225 640,85 Mark weniger als der Etat vorsieht. Der Ausfall bei der Post- und Telegraphen-Verwaltung beträgt 16 326 000 Mark und zwar 6 515 000 Mark Mindereinnahme und 9 811 000 Mark Mehrausgaben. Die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen hat 10 978 000 Mark Mindereüberschuß ergeben, und zwar 9 539 000 Mark Wenigereinnahme vornehmlich aus dem Güterverkehr, und 1 439 000 Mark Mehrausgaben, die hauptsächlich auf die sächlichen Fonds entfallen.

Angesichts solcher höchst unerfreulicher Finanzverhältnisse ist der Wunsch des Staatssekretärs auf Herbeiführung einer Finanzreform sehr wohl begreiflich. Aber die Art und Weise dieser geplanten Reform, wie sie aus den Andeutungen des Staatssekretärs hervorklingt, muß unsere schärfste Aufmerksamkeit wachrufen. Eine wichtige Quelle zur Beseitigung der Finanzschwierigkeit steht Herr v. Thielenmann in

Mehreinnahmen aus dem neuen Zolltarif.

Dagegen wenden wir uns auf das Entschiedenste. Es würden dadurch die Allerärmsten des Volkes wieder die härtesten Lasten zu tragen haben. Das Volk soll sein Brot, seine Kartoffeln, seinen Fering in Zukunft teurer bezahlen, damit das große Loch zugestopft wird, das die ewigen Ansprüche des Militarismus

und Militarismus, die enormen Liebesgaben an Zuckerbarone und Schnapsjunkies, die horrenden Pensionen an hohe Beamte, die oft — wie der Fall Böhmig beweist — aus den sonderbarsten Gründen pensioniert werden, in die Reichsfinanzen gerissen haben!

Und das zweite kluge und volksfreundliche Mittel, das Herr von Thielenmann in seinen Finanzbüchern weiß, besteht in neuen Steuern!

Es ist auch oft genug ausgesprochen worden, welche Artikel in Zukunft unter die Steuerhahne gepreßt werden sollen.

Tabak und Bier sollen bluten!

Also zwei Lebensbedürfnisse, die hauptsächlich von der großen Masse konsumiert werden, die beinahe die einzigen kleinen Freuden darstellen, die sich der einfache Mann aus dem Volke bisher noch leisten kann. Es wird Sache der Sozialdemokratie sein, diese sonderbaren Pläne zu schanden zu machen. Es giebt andere Mittel, um die Fehlbeträge in Zukunft zu vermeiden. Die Reichsregierung entschliesse sich endlich zur Einführung von

progressiven Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuern.

Dadurch würde es denjenigen Leuten in Deutschland, die Rieseneinnahmen haben und die diese Einnahmen zum großen Teile aus den ewigen Militär- und Marinevorlagen ziehen, ermöglicht, in einer ihnen zukommenden Weise ihren Patriotismus auch durch die That zu bekunden. Wie gern würde König Krupp von seinen im Vorjahre mehr „verdienten“ 10 Millionen Mark die Hälfte in den gemeinsamen Steuerfiskus thun, wenn ihm die Reichsregierung dies ermöglichte.

Die Zahlen, die der neue Reichshaushalt mitteilt, passen vortrefflich in unsere Reichstagswahlvorbereitung hinein! Die deutschen Arbeiter in der Stadt wie auf dem Lande werden es verstehen, wenn wir ihnen sagen, daß die Regierung durch ihre fortwährenden Erhöhungen des Militär- und Marinebudgets endlich auf trockene geraten ist, und daß die Verurteilung des Volkes durch eine Besteuerung ihres Hungers die vornehmen Herren am Staatsruder wieder flott machen sollen!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 20. August 1902.

Zum Niedergang der schweizerischen Demokratie.

Aus Zürich, 17. August, schreibt uns unser Korrespondent:

Ueber die 27 sozialdemokratischen Mandate von Aargau hat heute der Kantonsrat entschieden, und zwar in dem vorausgesetzten Sinne. Die würdigen Kantonsräte, die bei Eröffnung der Sitzung ein inbrünstiges Gebet zum Himmel emporgeschickt hatten, in welchem sie den Herrn baten, er möge sie erleuchten, daß sie stets Gerechtigkeit übten, hörten stillschweigend die Reden zweier sozialdemokratischer Kantonsräte an, die nachwiesen, daß eine Ungültigkeitserklärung durch nichts gerechtfertigt sei, dann stimmte der ganze Troß der Freijüngigen und Demokraten wie ein Mann für die Kassierung der Wahlen. Dabei hatten die Berichterstatter der Kommissionsmehrheit noch deutlicher wie in ihrem schriftlichen Bericht erklärt, daß das Wahlgesetz keinerlei Handhabe zur Annulierung der Wahlen biete.

Als diese Vergewaltigung der sozialdemokratischen Minderheit, für die man wohl kaum noch ein Gegenstück in der Geschichte des Parlamentarismus finden dürfte, durch die Abstimmung endgültig vollendet war, erscholl von der dicht besetzten Tribüne ein vielstimmiges „Nü!“ in den Kantonsratssaal hinein, welches die krupelosen Gesetzesverächter unten im Saale mächtig in Aufregung brachte. Denn dieser Ausdruck ist auch in der Schweiz unparlamentarisch und vollends dann, wenn er aus den Reihen der Tribünenbesucher stammt. Aber dieser Ausbruch ehrlicher Entrüstung der Volksseele ist bezeichnend für die Stimmung, die in Arbeiterkreisen herrscht, und es bedarf keiner großen Prophetengabe, um vorauszu sehen, daß die Neuwahlen den Sieg der sozialdemokratischen Liste aufs neue ergeben werden. Das wissen die meisten Mitglieder des Kantonsrates natürlich ganz gut. Wenn sie aber trotzdem für die Kassierung der Wahl stimmten, so nur deshalb, weil durch diese Abstimmung die Demokraten des Kantons Zürich sich endgültig der Freijüngigen Partei — einer Partei, die man am besten als schweizerische Nationalliberale bezeichnen — verschrieben haben.

Fortan ist jedes Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Demokratie unmöglich, die reinliche Scheidung der Parteien ist vollendet. Wer aber die Fehle dafür zu bezahlen hat, das sind die Demokraten, die Partei der Kleinbürger, die lange genug von den ruhmvollen Thaten ihrer Vorgänger gezehrt haben und jetzt nur zu einem Hindernis der sozialdemokratischen Entwicklung geworden sind. Die Verschmelzung zwi-

schen Freijüngigen und Demokraten, die nun thatsächlich besiegelt ist, liegt nur im Interesse der Sozialdemokratie, die neue Kräfte daraus ziehen muß, daß der Haß gegen die Arbeiterbewegung das Band ist, welches die früheren feindlichen Brüder, die Demokraten und die Freijüngigen, zusammenknüpft.

So vollzieht sich unerbittlich das Schicksal der bürgerlichen Demokratie. Die Wogen der hochgehenden Arbeiterbewegung werfen sie auf den dürren Strand der Reaktion, wo sie zu Grunde gehen muß. Der Vorgang hat auch für Deutschland manches Lehrreiche in sich.

Die Schweiz gegen die Kongregationen.

Nachdem Frankreich mit aller Entschiedenheit gegen die Auswüchse des Ordenswesens vorgegangen ist und Spanien zu ähnlichen Entschlüssen einen wenn auch lahmten Anlauf genommen hat, sieht sich nun auch der eidgenössische Bundesrat zum Einschreiten veranlaßt. Wie ein Telegramm aus Bern meldet, hat der Bundesrat heute elf in den Kantonen St. Gallen, Waadt und Wallis ansässigen Frauen-Orden und Kongregationen auf Grund der Bundesverfassung unter Ansetzung einer Frist von 90 Tagen für die Ordnung ihrer Verhältnisse den weiteren Aufenthalt in der Schweiz untersagt. Die Regierungen der drei genannten Kantone sind mit der Vollziehung des Ausweisungsbefehls beauftragt.

Bermutlich ist die Schweiz zu diesem Schritte durch die Wahrnehmung bewogen worden, daß zahlreiche aus Frankreich ausgewanderte Ordens-Mitglieder in den genannten drei Kantonen sich niedergelassen hatten. —

Deutschland.

Berlin, 20. August. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat bei den Eisenbahndirektionen eine Erhebung über die Erfahrung mit Spiritusmotoren sowie über die verfahrensweise Umänderung vorhandener Benzinmotore in solche für Spiritusbetrieb veranfaßt. —

— Unter dem Vorstehe des Oberpräsidenten von Göttinger begann in Danzig eine internationale Konferenz über wasserbautechnische Fragen, insbesondere die Regelung des Wasserstandes, des Meldewesens, der Regulierung der Weichsel an der preussisch-russischen Grenze usw.

— „Selbst dieser Satz genügt uns noch nicht!“ So hat sich dieser Tage der Kandidat des Bundes der Landwirte bei der Reichstagswahl in Forchheim-Kulmbach in einer Versammlung über seine Getreidezollforderungen ausgesprochen, als ihm vorgehalten wurde, „daß bündlerische Forderungen ja sogar bis auf 10 Mark gehen sollen.“ — Also über 10 Mark wollen die rabiatesten Brotmischer? Stören wir sie nicht bei dem kindlichen Spiel. —

— Ueber eine deutsche Ministerkonferenz, die im Oktober stattfinden soll, wird dem „Berl. Tageblatt“ aus München gemeldet, daß Graf Witow bei einer gelegentlichen Zusammenkunft mit dem badiischen Minister Brauer in Karlsruhe die Verabredung traf, daß im Oktober eine Ministerkonferenz der Bundesstaaten stattfinden soll, um etwaige noch vorhandene Meinungsverschiedenheiten der Zolltarifvorlage auszugleichen. — Ob das in der Konferenz möglich ist? Wir glauben es nicht! Und wenn es wirklich geschieht, so — ist damit auch noch nicht viel erreicht! —

— Das Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten hat alle monarchischen Kreise in tödliche Verlegenheit gebracht, besonders, seitdem bekannt ist, daß die Veröffentlichung des Depeschenwechsels „aus schließlich auf Befehl des Kaisers erfolgt ist, nachdem sie von bayerischer Seite, wo man das Persönliche des Vorgangs von Anfang an sehr lebhaft empfand, abgelehnt worden war.“ — Sogar die hyperlokale, „hie gut hohenzollerisch allerwege“ Berliner „Neuesten Nachrichten“ schreiben in tiefster Verlegenheit: „Nach alledem kann man nur wiederholt und dringend wünschen, daß die Mahnung Bismarcks, der Monarch möge sich möglichst selten ohne „ministerielle Befehle“ vor der Öffentlichkeit bewegen, Beherzigung finden.“ — Der Kaiser hat aber ausdrücklich gesagt, daß er sein eigener Kanzler sei, also auch in seiner eigenen Bekleidung umhergehen will. Und an einem Kaiserwort sollten doch die patriotischen Wälder nicht drehen und deuteln! —

— Schulkente im Privatdienst eines Polizeipräsidenten. Ein bürgerliches Blatt bringt folgende höchst befremdliche Notiz: „Die bevorstehende Beendigung der Sportferien wird für unsere Stadt das Gute im Besonderen haben, daß die Hafenschutzmanschafft wieder auf ihren etatsmäßigen Stand kommt. Es werden dann nämlich die beiden

Gefangenschaft, welche während der Sommermonate auf der Privatjacht „Gerda“ des Polizeipräsidenten v. Puttkamer als Matrosen thätig waren, ihnen zustehenden Dienst bei der Hafenpolizei wieder übernehmen können. Das gleiche wird mit dem Steuermann des Polizei-Salonbootes „Greif“ der Fall sein, der gemeinsam mit den genannten beiden Beamten die Jacht „Gerda“ sowohl in der Nordsee als auch in der Ostsee von Sieg zu Sieg geführt und ihrem Besitzer wertvolle Preise errungen hat. Bemerkenswert ist, daß die beiden Gefangenschaftsleute ihren Matrosendienst auf der Jacht des Polizeipräsidenten auch zu jener Zeit versahen, als sechszig Schutzleute zur Verstärkung der hiesigen Polizei von Berlin hierher beordert werden mußten.“ — Das wäre ja mehr als sonderbar, wenn ein Polizeipräsident Schutzleute zu allerlei Privatdiensten abkommandieren oder beurlauben könnte! —

Herr Böhmig nimmt zu kürzlich aus Posen verbreiteten Verleumdung seiner Person das Wort. Er schreibt: „Wie ich erst jetzt erfahre, hat der „Reichsbote“ eine Zuschrift aus Posen veröffentlicht, in der es heißt:

Herr Böhmig ist 58 Jahre alt und besitzt aus seiner ersten Ehe eine mindestens 30jährige Tochter, die ihm den Haushalt führt. Bei dieser Sachlage mußte die Art und Weise, in welcher er an der Schwelle des Greisenalters stehende Mann nach dem Tode seiner zweiten Frau in den letzten Wintern auf der Schlittschuhbahn und auch in Gesellschaften jungen, wohlgebildeten Mädchen den Hof zu machen pflegte, lächeln und Kopfschütteln hervorgerufen. Noch mehr Befremden erregte es, als allmählich die Art des Verkehrs des Herrn Böhmig im Verein deutscher Katholiken bekannt wurde. Die Art, in welcher der halb 60jährige Mann dort mit hübschen Töchtern dieser Familien bis in die Nacht hinein tanzte, wurde als mit den Rücksichten, die er seinem Amt und seinem Alter schuldete, nicht verträglich empfunden.

Diesem aus leicht erkennbarer Quelle stammenden Schmähartikel, welchem ähnliche Artikel der seit einiger Zeit nicht mehr unabhängigen „Posener Zeitung“ sich anreihen, entgegenzutreten, könnte nicht angebracht erscheinen. Doch will ich hier folgendes anführen:

Die Schlittschuhbahn habe ich nicht nur nach dem Tode meiner zweiten Frau, sondern auch bei ihren Lebzeiten, und zwar jeden Winter regelmäßig besucht. Jungen, wohlgebildeten Mädchen habe ich auf dem Eise in Posen niemals den Hof gemacht. Den Eisport treibe ich für mich allein. Ebenso wenig habe ich in Gesellschaften in Posen jemals jungen Mädchen den Hof gemacht.

Den katholischen deutschen Verein habe ich im ganzen dreimal besucht und zwar allein auf Bitten und Wunsch meiner erwachsenen, noch lange nicht 30jährigen Tochter. Ich bin kein Mitglied des Vereins gewesen und bin auf wiederholte Einladung als Gast dazwischen erschienen. Bei dem ersten Besuche im September vorigen Jahres schloß eine bei mir zum Besuch weilende Nichte Bekanntschaft mit einem jungen Arzt in Posen; einige Tage darauf fand die Verlobung statt. Getanzt habe ich nicht. Das zweite Mal besuchte ich den Verein, und zwar wiederum nur auf Bitten meiner Tochter, im November vorigen Jahres — getanzt habe ich nicht — das dritte Mal im Januar dieses Jahres, und zwar wiederum meiner Tochter wegen. Dieses Mal habe ich eine einmütige Runde mit den Töchtern des mit mir an einem Tische sitzenden Steuerrates Umbach und Gymnasialdirektors Schroer getanzt und einmal mit meiner jetzigen Frau.

Dies mag genügen zur Abfertigung. Es ist bedauerlich, daß anständige Zeitungen solche Schmähartikel aufnehmen.“ — Herr Böhmig hat recht mit seinem Bedauern!

München, 19. August. Der sozialdemokratische Magistratsrat Eduard Schmid hat unter Hinweis auf die Punktabsicht des Centrums in der Abgeordnetenkammer im Magistrat den Antrag gestellt, Magistrat und Gemeindefollekollegium solle beschließen, es möge in den Haushaltsplan der Stadtgemeinde ein Ausgabenposten in der Höhe von vorerst 25 000 Mark eingestellt werden, der dem Magistrat alljährlich neben den bisherigen Aufwendungen zur Förderung der Kunst sowie zum Ankauf moderner Kunstwerke zur Verfügung steht. —

Wie dem „Bayer. Vaterland“ aus „gut informierten Kreisen“ versichert wird, ist die Stellung des Freiherrn von Podewils als Kultusminister ein Uebergangsposten. Er ist von der Krone unter Protektion Crailsheims prädestiniert als zukünftiger Ministerpräsident und Minister des königlichen Hauses und des Aeußern. Um die Person Podewils, dem Talent und Geschick samt Erfahrung nicht abzupreisen ist, wird sich das Kultusministerium kristallisieren im Ganzen und Großen im Geiste des Ministeriums Crailsheim; derselbe Faden, vielleicht eine Nuance abgetönter schwarz in kirchlich-politischen und eine Nummer feiler und kräftiger in speziell national-partikularistischen Fragen. —

England.

Das „banbare Vaterland.“ — Der Morgantruff.
ac. Die Truppen, welche in Süd-Afrika im Interesse einer kleinen Kapitalistengruppe die Buren niederzuwerfen hatten, werden jetzt, da sie ihre Schuldigkeit getan, von der englischen Regierung ziemlich schlecht behandelt. Die Neuseeländer Regimenter sind auf elenden Dampfzügen, wie die Seringe zusammengeschleppt, nach ihrer Heimat zurückgebracht worden. Auf einem dieser Schiffe, welches dieser Tage in Australien anlangte, waren unterwegs 19 Tote zu verzeichnen und außerdem hatte das Schiff bei seiner Ankunft 145 Kranke an Bord. Die Beschwerden dieserhalb hatten wenigstens die gute Folge, daß in Zukunft die Ueberfüllung eines Transportdampfers vermieden werden wird. Wie rücksichtslos in dieser Beziehung verfahren worden ist, geht daraus hervor, daß von dem dieser Tage von Kapstadt abgegangenen Transportdampfer „Aurania“ 573 Soldaten und Offiziere als überzählig wieder ausgeschifft werden mußten.
Der Londoner Korrespondent der „Birmingham Post“ teilt mit, daß die Admiralität alle diejenigen Schiffahrts-Gesellschaften, welche dem Morgantruff nicht angehören, aufgefordert habe, eine Liste aller derjenigen Schiffe aufzustellen, welche geeignet sind, event. als Kreuzer zu dienen. Aus dieser Nachricht wird geschlossen, daß die Unterhand-

lungen zwischen der englischen Admiralität und Morgan zu keinem Resultat geführt haben. —

Italien.

Ein Denkmal für Mazzini.

ac. Der Professor Hector Ferrari ist vom Ministerium beauftragt, ein Denkmal für Mazzini herzustellen. Durch Beschluß der Kammer und des Senats sind 300 000 Frank für das Monument ausgeworfen. Das Denkmal, für dessen Herstellung 5 Jahre in Aussicht genommen sind, wird eine Höhe von circa 13 Meter erreichen. Die innere Front wird 12 Meter, die Breite 6 Meter betragen. —

Kleine politische Nachrichten. Wie die „Staatsb. Ztg.“ mitteilt, war in Woldenberg im Reichstagswahlkreis Friedeberg-Urnsvalde am vorigen Sonntag eine Versammlung der Vertrauensmänner der antisemitischen Partei, in der der Abg. Alwardt erklärte, auf eine Kandidatur in diesem Wahlkreis verzichten zu wollen, um dafür den Wahlkreis Neu-Stein für den Antisemitismus zurückzugewinnen. (?!). Als Kandidat für Friedeberg-Urnsvalde wurde dafür der Verleger der „Staatsbürgerztg.“ Wilhelm Bruhn aufgestellt. — In der bayerischen Armee gelangt für die Generale statt des Hutes mit Sähenfederbusch der Offiziershelm 88 mit verstellbaren, gewölbten Schuppenketten zur Einführung. — Für die Schlagfertigkeit der Armer ist diese Veränderung nicht von ausschlaggebender Bedeutung. — Die bayerische Staatsbahnverwaltung geht mit der Absicht um, dem übermäßigen Alkoholgenuß des Eisenbahnpersonals entgegen zu wirken. Sie hat kürzlich dem Ministerium eine Denkschrift zugehen lassen, nach der Alkoholgenuß während der Fahrt beziehungsweise während des Dienstes verboten oder wenigstens stark eingeschränkt werden soll. — Das Opfer einer „Strafexpedition“ wurde der Inspektor Langlais im französischen Kongogebiete. Die Fahrschiffen sollten bestraft werden, weil sie angeblich einige Beamte der Gesellschaft mißhandelt haben sollten. Die geplante Ueberumpelung des Dorfes gelang nicht, die Eingeborenen setzten sich zur Wehr und der Führer Langlais wurde erschossen. —

Aus der Parteibewegung.

Zum Parteitag.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß an diejenigen Genossen, deren Wahl als Delegierte zum Parteitag in München bereits auf dem Parteibureau gemeldet ist, die Mandatsformulare bereits gesandt sind.

Die Verendung der Vorlage für den Parteitag, der Berichte des Parteivorstandes und der Reichstags-Fraktion sowie eine sehr hübsch ausgestattete Festschrift von den Münchener Genossen und ein Wegweiser durch München und das Protokoll der Verhandlungen des bayrischen Parteitages in Ludwigshafen, erfolgt rechtzeitig an die Delegierten, aber nur dann, wenn deren Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse entweder von ihnen selbst oder von den zuständigen Vertrauenspersonen beim Parteibureau

F. Auer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30, angezeigt wird.

Delegierte, von deren Wahl keine Anzeige erfolgt, oder erst zu spät erfolgt, können die Vorlagen zc. erst auf dem Parteitag in Empfang nehmen.

Anträge an den Parteitag, wenn sie in der Vorlage Aufnahme finden sollen, müssen spätestens bis zum 2. September beim Parteibureau eingelaufen sein.

Die Mitglieder des Parteitages werden ersucht, sich rechtzeitig beim Münchener Lokalausschuß anzumelden, welcher gute Wohnungen in den verschiedensten Preislagen anzuweisen in der Lage ist. Für bereits am Sonntag, den 14. September, früh in München Umwiesende wird der Lokalausschuß für sachkundige Führung in der Stadt und in den Sammlungen Sorge tragen. Alle diesbezüglichen und sonstigen Wünsche sind zu richten an:

Ludwig Bickelmann, München, Sendlingerstr. 20.
Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Reichstagskandidatur. Als Kandidat für die nächstjährige Reichstagswahl hat eine am Sonntag in Nürnberg stattgefundene sozialdemokratische Wählerversammlung, die von etwa 3000 Personen besucht war, den jetzigen Abgeordneten Dr. Südekum wieder aufgestellt. —

ac. Das internationale sozialistische Bureau zu Brüssel beginnt eine umfassende internationale Statistik über die Stärke der Arbeiterbewegung aufzunehmen. Die Ermittlungen beschränken sich nicht auf die sozialistischen Parteien, sondern erstrecken sich außerdem auf die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegungen. Es soll festgestellt werden die Zahl der Mitglieder in den sozialistischen Parteiorganisationen, den Gewerkschaften und Genossenschaften, ferner die Zahl der Abgeordneten in den Parlamenten, Landtagen, Kreis- und Gemeindevertretungen, sowie die Zahl der auf die sozialistischen Abgeordneten vereinigten Stimmen. Ein Fragebogen wird besonders der Presse gewidmet; man wünscht die Zahl, Erziehungsfähigkeit, Auflage usw. der Arbeiterpresse festzustellen. Andere Fragen beziehen sich auf die Arbeitslosen, Einnahmen und Ausgaben der Organisationen, auf die durch das Eintreten für die Arbeiterbewegung erlittenen Gefängnisse, Geldstrafen usw.

Ein Rundschreiben des Sekretärs, Genossen Viktor Serwy, erinnert an den Pariser Beschluß, nach welchem ein Archiv der internationalen Arbeiterbewegung zu errichten ist und ersucht die Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften aller Länder, dem Bureau ihre Statuten, Berichte, Broschüren und sonstigen Veröffentlichungen einzusenden. —

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks, Lohndifferenzen und Ausperrungen.

Droschkentischer. In Hamburg wurde in der gemeinsamen Versammlung am Dienstag vormittag der Streik aufgehoben, aber beschlossen, daß der Senat bei der Ausarbeitung einer neuen Verordnung die Fuhrherren und Kutscher hinzuzuziehen habe. Andernfalls werde man von neuem streiken. —

Maurer und Bauarbeiter. In Köln geht die Polizei gegen streikende Bauarbeiter mit der bekanntesten Schneidigkeit vor. In einer Maurerverammlung wurde mitgeteilt, daß Polizeibeamte gegen Streikposten mit blanker Waffe eingeschritten seien, sie gefesselt und abgeführt hätten.

Maler- und Lackierergesellen. In Breslau will die Malerinnung Arbeitsbücher für Maler- und Lackierergesellen einführen. Es handelt sich um die Einführung eines Systems, durch das die betreffenden Arbeiter unter eine durch nichts begründete Kontrolle der Meister gestellt und in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt werden. Deshalb haben auch die Maler- und Lackierergesellen Breslaus gegen

die zum 1. Januar 1903 geplante Einführung der Arbeitsbücher protestiert. —

Straßenbahner. In Aachen ist ein Ausstand ausgebrochen. Von 128 Führern und Schaffnern streiken 96. Der Grund sind andauernde Maßregelungen der im Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter organisierten Angestellten. —

Holzarbeiter. In Stolp i. P. haben am Montag sämtliche Tischler und Drechsler die Arbeit niedergelegt. Verhandlungen sind angebahnt. Die Streikleitung besteht zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes und des Ortsvereins (Hirsch-Dumder). Die Streikenden glauben bald ihre Forderungen bewilligt zu erhalten, da einige Unternehmer sich hierzu geneigt zeigen. —

Safenarbeiter. In Marseille in Frankreich wird auf einem Dock gestreikt, weil einige Safenarbeiter gemäßigter wurden. —

Buchdrucker. In Bergamo in Italien streiken 150 Typographen. Sie verlangen die Einführung eines Tarifes und die der neunstündigen Arbeitszeit, sowie eine entsprechende Erhöhung für Ueberarbeit. —

Bergarbeiter. In Schottland wurde eine weitere Lohnherabsetzung von 3 d pro Tag seitens der Unternehmer angekündigt. Der Bergarbeiter-Verband wird dieser Tage darüber beraten, ob er die Herabsetzung anerkennen soll oder nicht. —

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der allgemeine Genossenschaftstag des Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der in der ersten Septemberwoche in Kreuznach stattfindet, dürfte zu recht lebhaften Erörterungen führen. Verschiedene Anträge weisen darauf hin, daß man der Diktatur des Verbandsanwalts Dr. Träger ernsthaft zu Leibe gehen will. Das bezweckende Anträge vom Konsumverein Löbtau — unterstützt von 27 sächsischen Konsumvereinen — Konsumverein Pieschen, Konsumverein Braunschweig, Unterverband von Konsumvereinen Thüringens, süddeutscher Konsumvereins-Unterverband. Ferner liegen Proteste wegen Nichtaufnahme in den Allgemeinen Verband von den Konsumvereinen Mannheim und Wilkau i. S. vor. Das unverständliche Verhalten Dr. Trägers gegen die „modernen“ Konsumgenossenschaften, speziell gegen die sächsischen, hat nachgerade überall die größte Entrüstung hervorgerufen. Dr. Träger sträubt sich mit allen möglichen Mitteln gegen den Einfluß von Sozialdemokraten auf das Genossenschaftswesen, obwohl sich dieser bis jetzt in der segensreichsten Weise für die Konsumvereine geäußert hat. Wo Sozialdemokraten sich der Sache annahmen, da ist sie vorwärts gegangen. Herrn Träger ist in diesen Tagen ein großes Malheur passiert. Er hat den Teufel an die Wand gemalt, und nun packt dieser ihn selbst. Die in der Parriusischen Genossenschaftsbank aufgedeckte Mißwirtschaft wird nämlich der aus lauter freisinnigen Leuten bestehenden Verwaltung zur Last gelegt, die nicht das nötige Geschick und Verständnis gezeigt habe. Man habe bei ihrer Wahl zu sehr auf ihre parteipolitische Gesinnung, statt auf ihre Befähigung Wert gelegt. Und in dieser Verwaltung spielt Herr Dr. Träger eine Hauptrolle. Die Sache ist um so fataler für Herrn Träger, als die Genossenschaftsbank auch Mitglied des Allgemeinen Verbandes ist, und daher die Geschichte in Kreuznach — wenn auch intern — zur Erörterung steht.

Die Kinder des „Vooruit.“ Der Gener. „Vooruit“ beschränkt sich nicht darauf, seinen Mitgliedern die notwendigen Lebensbedürfnisse etwas billiger abzugeben, als etwa der Privatkapitalist, sondern wie alle belgischen Genossenschaften, so auch der „Vooruit“ den Genossenschaftlern in allen Lebenslagen beizuspringen, wie überhaupt das ganze Leben derselben zu umfassen. So sind Unterstützungskassen für Krankheit, Invalidität und Alter eingerichtet, es stehen den Mitgliedern ärztliche Hilfe und Medikamente frei zur Verfügung. Auch die Erziehung der Kinder der Genossenschaftler sucht die Zeitung des „Vooruit“ zu unterstützen. Das geschieht u. a. dadurch, daß in jedem Jahre während der Ferien ein Teil der Kinder unter der Leitung und auf Kosten der Genossenschaft größere Reisen unternehmen. So reisen in diesem Jahre 30 Kinder, 16 Mädchen und 14 Knaben, unter der Leitung Wogaerts, des Chefredakteurs des „Vooruit“, nach Frankreich, Schweiz, Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Sie berühren dabei u. a. Lille, Paris, Genf, Lausanne, Luzern, Zürich und kehren über Straßburg zurück. Es ist vorgeplant, daß sie meist in Familien von Genossenschaftlern oder doch in Arbeiterfamilien untergebracht werden. Die Kosten der Fahrt decken die Kinder zum Teil selbst, denn die Schüler des „Vooruit“ sind kleine Künstler; sie geben unterwegs Musik- und Gesangs-Aufführungen (sie werden zu Hause darin unterrichtet) und zeigen auch ihre turnerischen Leistungen. Der ausgleichenden Gerechtigkeit wegen sind in diesem Jahre 40 andere Kinder für 5 Tage ans Meer gesandt worden. —

Die Gegner wenden ein, Kinder von 12 Jahren verständen doch nicht die Schönheiten zu würdigen, die sie sehen. Zunächst ließe sich dieser Einwand gegen die vielen Kinder reicher Leute erheben, welche in jedem Jahre das Glück haben, mit ihren Eltern weite Reisen machen zu können. Auf die Kinder des „Vooruit“ trifft es mindestens in nicht höherem Maße zu, als auf jene. Sie haben alle die erste Klasse absolviert; ferner verweist der Bericht, dem wir das obige entnehmen, darauf, daß der Führer der Schüler, Wogaerts, der von den Lehrern selbst hierfür gewählt ist, ein ausgezeichnete Jugenderzieher sei, der vor allem auch die Gabe besitze, der Jugend zu sehen und Berzehen zu lehren.

Mittlerweile sind die Schüler des „Vooruit“ bereits in Paris angekommen. Sie wurden auf dem Bahnhof von den Führern der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen empfangen und zogen, die Friedens-Marschmaße singend, in die französische Hauptstadt ein. Für die Beschäftigung der historischen Denkmäler und Sehenswürdigkeiten von Paris sind drei Tage reserviert. —

Bericht des Partei-Vorstandes an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1902 zu München. (Fortsetzung.)

Organisation. Die Parteiorganisation wurde auch im abgelaufenen Jahre durch Neugründung von Vereinen und festerer Gliederung der Provinzial- und Landesorganisationen weiter ausgebaut. Die württembergische Landesorganisation hat das Parteisekretariat in einen fest besetzten Posten umgewandelt.

Das organisierte Verhältnis zu einem Teil der polnischen Genossen in Oberschlesien hat sich noch immer nicht befriedigend gestaltet. Die polnischen Genossen handeln nach wie vor auf eigene Faust, ohne auf die Gesamtpartei die gebührende Rücksicht zu nehmen. So hat eine Konferenz ober-schlesischer polnischer Genossen, die am 13. Juli in dem galizischen Grenzorte Dzwiczin tagte, bereits auf eigene Faust und ohne jede Verständigung mit den deutschen Genossen für acht von den zwölf ober-schlesischen Reichstags-Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Daß ein solch einseitiges Vorgehen nur zur Zersplitterung der Parteikräfte führen muß, bedarf keiner langen Erklärung. Es ist dieses Verhalten unserer polnischen Genossen um so bedauerlicher, als der Agitation und Organisation für die sozialdemokratische Partei in Oberschlesien von den Behörden wie dem Unternehmertum mit allen Mitteln entgegengekehrt wird.

Verlangen die polnischen Genossen, daß in den Wahlkreisen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung Kandidaten aufgestellt werden, die der polnischen Sprache mächtig sind, so wird dieses Verlangen nur als billig bezeichnet werden können. Ebenso entspricht es aber der Billigkeit, daß bei der Aufstellung dieser Kandidaten unsere deutschen Genossen zugezogen werden. Die in polnischen Wahlkreisen vielfach vertretene Auffassung, daß in Oberschlesien und Posen die polnische Partei-Organisation maßgebend sei und die deutschen Genossen dort etwa eine Stellung einzunehmen haben, wie die reichsdeutschen Genossen in der Schweiz, kann von uns unter keinen Umständen als zutreffend erachtet werden. Die polnische sozialdemokratische Partei-Organisation war ursprünglich gedacht als ein zwar selbständiger Teil der Gesamt-partei, wie wir sie in den verschiedenen Landes- und Provinzorganisationen mehrfach haben; diese Organisationen bilden aber — unbeschadet aller Selbstständigkeit — nur Teile der Gesamtpartei, mit der im Einverständnis und als deren Glieder sie handeln. Diese ursprüngliche Auffassung ist von unsern polnischen Genossen aufgegeben. Daraus resultieren alle Differenzen.

Möge es recht bald wieder zu einer Verständigung kommen, denn andernfalls würden bei den bevorstehenden Wahlen nur unsere gemeinsamen Gegner den Vorteil davon haben.

Das in Organisations-Statut § 2 Abs. 2 vorgesehene Schiedsgericht ist durch Vermittelung des Parteivorstandes in drei Fällen in Aktion getreten. Die Schiedsprüche, die sich auf Fälle in Elmshorn, Bremerhaven-Lehe und einige Berliner Genossen bezogen, wurden von den beteiligten Genossen in allen Fällen akzeptiert. Unliebsame Vorkommnisse haben in Nürnberg zum Ausschluß von vier Genossen aus der dortigen Lokalorganisation geführt. Dieser Ausschluß ist von dem nordbayerischen Vorstand in Bayern bestätigt worden, ohne damit einen Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei zu verbinden, wie schon der Umstand beweist, daß die betr. Genossen zu den Verhandlungen des Gau-tages ohne Widerrede zugelassen wurden. Da später die in Nürnberg ausgeschlossenen Genossen in benachbarten Orten wieder in Parteivereine eintraten, einer sogar demonstrativ als Reichstagskandidat proklamiert wurde, wurde die Frage aufgeworfen, ob der Ausschluß aus einem Partei-Lokalverein nicht eo ipso den Ausschluß aus der Gesamtpartei in sich einschließt?

Sinn und Wortlaut unseres Organisationsstatuts lassen keinen Zweifel, daß die Frage zu verneinen ist. Zweifellos muß, wenn der Ausschluß aus der Partei erfolgen soll, ein diesbezüglicher Antrag vorliegen und dem Betroffenen Gelegenheit gegeben werden, auf dem im § 2 des Organisations-Statuts vorgesehenen Wege seine Verteidigung

zu suchen. Das Recht der Lokalvereine, zu entscheiden, wen sie als Mitglied aufnehmen oder behalten wollen, bleibt unbestritten, aber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet aber endgültig ein vom Parteivorstand zu berufendes Schiedsgericht gegen dessen Entscheidung die Berufung an die Kontrollenre und den Parteitag zulässig ist.

Ueber das Verhältnis der Parteigenossen, die aus der lokalen Parteiorganisation ausgeschlossen oder aus derselben ausgetreten sind, zur Gesamtpartei, äußerte sich der Parteivorstand in einer Inschrift an Hamburger Parteigenossen, die sich in der vorstehend gezeichneten Lage befinden, wie folgt:

„Unser Organisationsstatut enthält keine Bestimmung über die Art, wie sich die in den einzelnen Kreisen wohnenden Parteigenossen zu organisieren haben. Es ist dies ihrem eignen Bestehen überlassen. Den Traditionen in der Partei und einer Reihe von Parteitag-Beschlüssen entspricht es aber, daß, wenn die Mehrheit der Genossen eines Ortes oder Kreises sich für eine bestimmte Form der lokalen Organisation entschieden hat, die einzelnen Genossen diesen Entschlüssen respektieren. Die Gründung von Sonderorganisationen seitens einer Minorität ist in der Partei von jeher verurteilt worden. Der Parteivorstand kann nur mit den von der Mehrheit der Parteigenossen mit der Wahrnehmung der Partei-Interessen (§ 3 des Organisationsstatuts) betrauten Vertrauenspersonen zur Erledigung der Parteigeschäfte in Verkehr treten.“

In welcher Form Ihr, als keiner lokalen Parteiorganisation angehörende Genossen, der Partei gegenüber eure Pflichten erfüllen wollt, muß eurem Ermessen überlassen bleiben; aber als besondere Parteiorganisation können wir eine etwa von euch ins Leben gerufene Organisation — neben den dort bestehenden Wahlvereinen — nicht anerkennen. Dasselbe gilt für die Ausübung der Parteirechte, soweit dieselben den örtlich organisierten Genossen zustehen. Nach bereits bei früheren Anlässen gefaßten Beschlüssen mußte der Parteitag eine von euch als lokale Sonderorganisation gesandte besondere Delegation zurückweisen. Dagegen hat jeder von euch das Recht, auf dem Parteitag als Delegierter zu erscheinen, wenn er als solcher von irgend einem Orte oder Kreise entsprechend den Bestimmungen des § 9 Ziffer 1 des Organisationsstatuts gewählt wird.“

Vereins- und Versammlungsrecht. Das preussische Vereins- und Versammlungsrecht bestimmt in § 8a, daß „Frauenspersonen“ nicht Mitglieder von Vereinen sein dürfen, die „bezweden, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern“, und daß sie ebensowenig an den Versammlungen und Sitzungen solcher politischer Vereine teilzunehmen dürfen. Nach diesen Vorschriften wurden bisher in Preußen die Frauen aus den Versammlungen politischer Vereine — gleichgültig, ob es sich um geschlossene oder öffentliche Sitzungen handelte — ausgeschlossen und gegen sozialdemokratische Vereine ging man vielfach so weit, daß zu deren Stiftungsfeiern oder Fällten die Zulassung von Frauen unterlag. Gegenüber dieser sonst geltenden strengen Praxis mußte es nun auffallen, daß bei der letzten Herzschau des Bundes der Landwirte, im Circus Busch in Berlin, die Frauen in großer Zahl anwesend waren, ohne daß sie, wie sonst üblich, von der Polizei ausgewiesen wurden. Im preussischen Landtage wurde auf dieses Wesen mit zweierlei Maß hingewiesen und in seiner Antwort gab der Herr Minister des Innern von Hammerstein eine ganz neue Auffassung über die Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes zum besten. Der Herr Minister billigte es, daß die Circusversammlung nicht aufgelöst wurde, denn die Frauen seien nur als Zuschauerinnen anwesend gewesen, ohne sich an den Verhandlungen zu beteiligen. „Allerdings wäre es dann richtig gewesen“, so sagte der Minister, „daß den Frauen ein besonderes Segment des Circus angewiesen würde. Der Polizeipräsident werde für die Zukunft darauf hinweisen, daß die Vermischung von Männern und Frauen in dem Teil des Saales, der für die eigentlichen Verhandlungen bestimmt ist, nicht zulässig sei.“

So sprach der Minister von Hammerstein am 24. Februar. Am 4. März kam er auf die Angelegenheit zurück. Er schränkte seine Erklärung ein; nur in dazu geeigneten Fällen solle die polizeiliche Aufsicht entweder unterbleiben oder über die Formalien des Gesetzes nicht

ausgedehnt werden; in einzelnen Fällen werde man den Antragstellern so weit wie möglich entgegenkommen.

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich die Polizeibehörden in diese neue Auffassung nicht gleich hinein finden können, und so wurde eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Berliner Wahlkreis aufgelöst, obwohl die anwesenden Frauen im „besonderen Segment“, nämlich auf der Tribüne des Saales, untergebracht waren. Auf die dagegen erhobene Beschwerde an das Polizeipräsidium erfolgte nun folgender Bescheid:

„Die von eurer Hochwohlgeboren namens Ihres Mandanten, Maurers Paul Hoffmann, eingelegte Beschwerde vom 27. v. M. in Vereinsangelegenheiten sehe ich als erledigt an, nachdem inzwischen die überwachenden Polizeibeamten angewiesen sind, in polizeilich überwachten Vereinsversammlungen von der Befugnis, die Entfernung der Frauen zu verlangen, dann keinen Gebrauch zu machen, wenn diese nur als Zuschauerinnen und nicht als Teilnehmerinnen erschienen sind, und diese ihre Eigenschaft auch durch ihr Verhalten in von dem eigentlichen Versammlungsraum räumlich getrennten Plätzen äußerlich hervorheben. In Betreff: Friedheim.“

Damit wäre also für Berlin, wenigstens für die Zeit, so lange Herr von Hammerstein im Ministerium des Innern regiert, ein kleiner Erfolg errungen. Draußen in der Provinz geht die alte Wirkkraft weiter, indem die Polizei alle Hinterhöfen benützt, welche die ministerielle Neuerung offen läßt. Wie das gemacht wird, dafür zwei Beispiele.

In Hannover war eine Versammlung der Maurer-Verbandsstelle aufgelöst worden, weil Frauen anwesend waren. Auf die erhobene Beschwerde erfolgte folgende Antwort:

„Die Zahlstelle ist ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850. In Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine dürfen Frauenspersonen aber nur dann zugelassen werden, wenn sie nicht als eigentliche Teilnehmerinnen, sondern lediglich als Zuschauerinnen zugegen sind und die Annahme ihrer aktiven Beteiligung an denselben von vornherein ausgeschlossen erscheint. Letzteres ist nur dann der Fall, wenn ihr Platz von dem Versammlungstotal räumlich getrennt ist, derart, daß sie sich in durch ausreichende Schranken abgegrenzten Nebenräumen oder Logen befinden. Dies traf in der fraglichen Versammlung nicht zu. Die erschienenen Frauen befanden sich mit den anwesenden männlichen Personen zusammen und unabhöngig in ein und demselben Saal. Auch als sie auf die Aufforderung des überwachenden Polizeibeamten in den Nebensaal geführt worden, war die obige Voraussetzung nicht erfüllt. Dann, nachdem die Salons, welche die beiden Säle trennten, emporgesogen und dadurch zwischen denselben Bestimmungen eine Gesamtbreite von 3,32 Meter hergestellt worden, war zwischen den beiden Räumen ein unverhinderter Verkehr ermöglicht, der keine Garantie dafür bot, daß die aktive Beteiligung der in dem Nebensaal untergebrachten Frauen in der Versammlung von vornherein ausgeschlossen war. Der überwachende Polizeibeamte war daher berechtigt, wie verpflichtet, die gänzliche Entfernung der Frauen anzuordnen.“

Noch interessanter ist die Entscheidung der Weissenfelder Polizei auf eine Beschwerde aus gleichem Anlaß. Da heißt es:

„Auf die Eingabe vom 17. d. Mts. gereicht Ihnen zum Bescheid, daß der Polizeibeamte befragt war, am 5. d. Mts. die Frauen aus dem Versammlungszimmer des Sozialdemokratischen Vereins hinauszuweisen, weil jene nach der Lage der Gesamtumstände nicht als unbeteiligte bloße Zuschauerinnen, sondern als Teilnehmer an der Versammlung anzusehen waren. Dagegen erschien es nicht notwendig, daß die Tür zur Garderobe, in welcher sich später die Frauen befanden, geschlossen wurde, weil von dort aus eine Beteiligung nicht mehr zu erwarten war.“

Allerdings würde eine „Beteiligung“ — was für künftige Fälle zu beachten ist — dann auch aus einem Nebenraum annehmbar sein, wenn die Frauen in irgend einer Weise, z. B. durch Zwischenrufe oder Bezeugung von Beifall und dergl. sich bemerklich machen.“

Man sieht, die Polizei weiß sich zu helfen; eine der im „besonderen Segment“ untergebrachten Frauen braucht nur zu niesen und

Wähler! Seht die Wahl-Listen ein!

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(26. Fortsetzung.)

In der Dämmerung, da der Anwalt eben zu dem Freunde gehen wollte, trat Fräulein Brigitta bei ihm ein. „Ich soll Ihnen sagen“, begann sie, „daß der Herr Baron Ihren Besuch erst für morgen erbittet. Aber nicht deshalb bin ich hier, sondern weil mir die Angst das Herz abbrückt. — Ist das Urteil gekommen? Sendlingen ist ja wieder so verstört, wie am Tage der Verhandlung!“

Berger beruhigte sie, so gut er konnte. „Nur eine momentane Erregung“, versicherte er, „sie wird bald vorbeigehen.“

„Ich dachte, weil er sich fast so benimmt wie damals. — Es ist merkwürdig, auch jenen Schlüssel hat er wieder hervorgefodert. — Sie wissen ja wohl — den, welcher das Thürchen in der Hofmauer öffnet. — Ich kam vor einer Stunde just dazu, als er ihn wieder aus einer Lade seines Schreibtisches hervorzog. Und wie damals schien es ihm auch heute peinlich, daß ich ihn hierbei überraschte. — Ist das nicht sonderbar?“

„Sehr sonderbar!“ erwiderte er. „Es wird ein Zufall sein.“ fügte er hastig hinzu.

„Gewiß, es kann ja nur ein Zufall sein!“ dachte er, als Brigitta wieder gegangen war, „es wäre ja Wahnsinn, ihm solches zuzumuten, ihm, der damals vor dem Präsidium zurückschreckte und nun vor der Vernehmung. — Und doch! als er das erste Mal nach diesem Schlüssel griff, hatte der entsetzliche Gedanke sicherlich wenigstens auf Momente Kraft über ihn, und daß er ihn heute wieder hervorgeholt, gerade heute.“

Als er am nächsten Morgen den Korridor betrat, der zu dem Bureau des Präsidenten führte, begegnete ihm der Rat von Hoche. Der greise Mann, der sich mühsam an seinem Stabe aufrecht erhielt, sah sehr verdrießlich aus.

„Denken Sie nur,“ klagte er dem Anwalt, „weld, die Kommission mir eben der Herr Präsident gegeben hat. Es wird Sie interessieren, Sie haben in der Sache als Verteidiger fungiert.“ Er teilte ihm weitläufig den Auftrag mit. „Nun, was sagen Sie dazu? Ist das nicht höchst fatal?“

„Es ist eine ernste Aufgabe!“ sagte Berger. „Die Sache ist von hoher Wichtigkeit!“

„Ja, eben darum!“ klagte der Greis fast weinerlich. „Ich will keine solche Verantwortung übernehmen, jetzt, wo mir das Denken Kopfschmerz macht — ich leide so viel an Kopfschmerz, Doktor! Und noch dazu so eine fihliche Aufgabe! Denn sehen Sie, entweder hat die Jose bei der Schlussverhandlung die Wahrheit ausgesagt, und dann ist die neue Vernehmung überflüssig, oder sie hat gelogen. Und wie soll ich mit einer verführten Weibsperson fertig werden, Doktor?“

„Haben Sie dies dem Präsidenten gesagt?“ fragte Berger.

„Ei freilich: eine halbe Stunde habe ich ihm von meinen Zuständen erzählt, und wie mir jetzt immer der Kopf wehthut, wenn ich denken muß. Aber er ist immer dabei geblieben: „Sie müssen es übernehmen, raffen Sie sich auf!“ Du lieber Gott, was hat man da noch zu raffen, wenn man siebzig Jahre alt ist. Nun, ich empfehle mich Ihnen, lieber Doktor! Das ist fatal — sehr fatal!“

Der Anwalt blähte Goche nach, wie er so mühsam dahin-schlich: „Und in diesen Stunden“, dachte er verzweiflungs-voll, „liegt nun das Schicksal dieser beiden Menschen!“

Er fand unter der Wucht dieses Gedankens nicht den Mut, den Freund zu sprechen. In trübem Sinne ging er heim.

Als er am nächsten Tage gegen die Mittagstunde von einer Schlussverhandlung, bei der er als Verteidiger fungiert, heimkehren wollte, traf er im Portal des Landgerichts wieder den Rat Hoche, der ebenfalls das Haus verließ. Der alte Herr war sichtlich sehr vergnügt.

„Nun,“ fragte ihn der Anwalt, „ist die Zeugin bereits hier? Haben Sie mit der Vernehmung schon begonnen?“

„Begonnen?! Beendet habe ich sie!“ rieferte der Greis. „Und re bene gesta läßt sich gut ruhen. Ich lasse heute das Amt Amt sein und gehe heim. Sogar kein Kopfschmerz hab' ich heute, allerdings war kein bedeutendes Nachdenken nötig — ich hatte rasch die Wahrheit weg!“

„So? — und was ist die Wahrheit?“

„Na, Ihnen wird sie nicht besonders angenehm sein,“ lachte der Rat und hing sich vertraulich in den Arm des Anwalts. „Uebrigens kann es Ihnen auch gleichgültig sein: Sie haben Ihre Pflicht gethan und Ihre Beschwerde war gewiß ganz famos, aber was geht Sie die Person weiter an? Nämlich eine erzschlechte Person ist sie und so verderbt in ganz jungen Jahren! Was mir die Jose da für Geschichten von ihr erzählt hat, Geschichten, Doktor — eine alte Kaffernwand hätte darüber erröten müssen. Kaum siebzehn Jahre war sie alt, als sie ans Schloß kam, aber bereits ein Duzend Liebchäften hatte sie hinter sich und was sie hierüber ihrer Vertrauten, der Jose, erzählte, und diese heute mir — es ist der reine Decamerone, lieber Doktor, oder richtiger: damit verglichen ist selbst Boccaccio ein keuscher Kathäuser gewesen.“

Der Anwalt riß seinen Arm aus dem des Greises.

„Lüge!“ knirschte er. „Schändliche Verleumdung!“

Der Rat blickte ihn verblüfft an. „Was Ihnen nicht einfällt!“ rief er. „Dann wäre die Jose eine verführte Weibsperson.“

„Das ist sie auch!“

„Das ist sie nicht! Oh! ich bin ein Menschenkenner! Im Gegenteil, gutmütig und beschränkt ist sie. Mit solcher Sicherheit erzählt man keine Lügen, nachdem man just feierlich zur Wahrheit ermahnt worden. Es ist alles unbestreitbar richtig: die Abenteuer der Ripperl, und wie sie von vornherein einen regelrechten Mann entworfen, den jungen Grafen zu verführen. Die abgefeimte Person kalkulierte so: hat das Verhältnis Folgen, so überläßt sie ich den jungen Menschen vielleicht zu einer Heirat, und gelingt mir dies nicht, so töte ich eben das Kind und suche mir einen anderen Poeten!“

151 Lehrlinge und 568 Bauarbeiter beschäftigt. Löhne erhalten:

	21 Maurer pro Stunde	46 Pfennig
21	"	47
27	"	48
333	"	49
405	"	50
6	"	51
54	"	52
5	"	53
1	"	54
8	"	55
2	"	65

Bei 13 Mauern konnte der Lohn nicht festgestellt werden, da dieselben erst eingestellt sind. Der Durchschnittslohn beträgt 49,52 Pf. pro Stunde. 29 Junggesellen erhalten 30 bis 46 Pf. pro Stunde. 84 Maurer puzten in Accord und erhalten einen Abschlag von 55 bis 70 Pf. pro Stunde. 12 Maurer arbeiten auf der städtischen Gasanstalt und erhalten einen Stundenlohn von 42 Pf. pro Stunde. Laut Vereinbarung mit den Unternehmern soll im Stadtkreis Magdeburg den Mauern ein Stundenlohn von 47 bis 50 Pf. pro Stunde mit der Maßgabe gezahlt werden, daß in jedem Geschäft der Durchschnittslohn 49 Pf. beträgt. Junggesellen im ersten Jahre erhalten Lohn nach freier Vereinbarung, im zweiten Jahre nicht unter 35 Pf. pro Stunde; Altgesellen oder teilweise invalide Maurer nicht unter 46 Pf. Organisiert waren 1053 Maurer, nicht organisiert 11. In anderen Gewerkschaften (Kirch-Dunker) waren 17 Maurer. Bau Axel, Kaiser Wilhelms-Platz, ist in die Statistik nicht mit aufgenommen. Die Arbeitszeit ist im Sommer auf 10 Stunden festgesetzt und wird auch eingehalten. Beim Maurermeister Böttcher wird länger gearbeitet, dort werden die Gementkappen gemacht. Es wäre auch hier bei einigermaßen gutem Willen möglich, die Arbeitszeit einzuhalten. Die Kollegen sollten sich nicht dazu gebrauchen lassen, die stipulierte Arbeitszeit zu verlängern. Läßt der Polier mehr Gement anmischen, als gebraucht wird, so mag er ihn auch selbst verarbeiten. Die Maurer gehören um 6 Uhr abends vom Bau.

In Permersleben, Salbke, Westerhüfen wurde festgestellt, daß bei 8 Unternehmern 6 Poliere, 101 Maurer und 17 Lehrlinge beschäftigt waren. Löhne wurden gezahlt von 30 bis 55 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn beträgt 43,15 Pf. pro Stunde. Organisiert sind 92 Maurer, nicht organisiert 9.

In Groß- und Klein-Ottersleben, Demsdorf, Bennedenbeck wurde folgendes festgestellt: Bei 4 Unternehmern waren beschäftigt: 35 Maurer und 3 Lehrlinge. Löhne wurden gezahlt von 25 bis 60 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn beträgt 44,57 Pf. pro Stunde. 3 Maurer puzten in Accord und erhalten einen Abschlag von 60 Pf. pro Stunde. Organisiert sind 28 Maurer, nicht organisiert 7.

„Wie schläft sich's da so schön!“ Ueberall, wo Menschen noch menschlich empfinden und noch ein fühlendes Herz schlägt, hat die selbst im Sommer fühlbare Massenarbeitslosigkeit dieses Jahres, diese Folge der Wirtschaftskrise, Teilnahme herborgerufen. Nur die kiefrigen „Neuesten Nachrichten“ belieben es, in maßloser Gefühllosigkeit durch einen „Landstreicherumwisen“ überschriebenen Artikel zum Klaffenhaß aufzureizen. Nachdem der Artikelschreiber wehmütig vom Standpunkt der notleidenden Landwirtschaft aus das Wetter dieses Jahres beklagt hat, ergeht er sich plötzlich in folgender optimistischen Betrachtung des Ausenthalts bei „Mutter Grün“:

„Der Proletarier, der „auf die Walze“ gehen muß, thut dies wahrlich nicht zum Zeitvertreib; — aber was wissen die Besitzenden in ihren weichen Betten von den Qualen der Obdachlosen, die müde, hungrig und bei nassem Wetter selbst im Sommer frierend von Ort zu Ort geht werden. Jene Unglücklichen, welche Not und Elend zwingt, bei Gewitter und Wind im Felde zu kampieren — wenn ihnen nicht ein „mitleidiger“ Gendarm eine lieblich-bereitete Stätte im Polizeigewahrsam zur Verfügung stellt —, sie sind es, denen die „Neuesten Nachrichten“ ein „jorgenfreies“, „angenehmes“ Dasein nachrühmen. Nicht jene Herren und Damen, welche freiwilliger Muße genießen oder vergnügte unproduktive Sporte nachgehen, bezeichnet das Platt des Herrn Stein als „Drohnen“, sondern die Ausgestoßenen der Gesellschaft, die Verlassenen des Lebens, des Schicksals gequälteste Stiefkinder.“

„Das Wetter ist schlecht; doch schläft sich's schön im Freien.“ Das ist der Refrain des Artikels. Wie sagten doch die „Neuesten“ neulich: „Wer dünn ist, muß Prügel haben.“

— Die Beiträge zur Invalidenversicherung werden auf Antrag wieder zurückertattet, wenn der Versicherte aus dieser Versicherung keine Rente bezogen hat. Die Hinterbliebenen erhalten dadurch unter Umständen eine ganz ansehnliche Beihilfe. Der Antrag muß innerhalb eines Jahres nach dem Ableben des Versicherten gestellt werden. Berechtigter zur Antragstellung sind die Witwe und die nicht über 15 Jahre alten Kinder resp. deren gesetzliche Vertreter. Di Ansprüche werden bei der unteren Verwaltungsbehörde geltend gemacht.

— Militaria. Nach einer Verfügung des preussischer Kriegsministeriums, Allgemeines Kriegsdepartement, vom 24. Juli 1902 dürfen Anträge der Mannschaften des Bauersaufstandes an die vorgesetzte militärische Dienststelle auf Befreiung von den Kontrolksammlungen nur dann portofrei befördert werden, wenn sie durch Erkrankung, Geschick

binden, das Recht und die Möglichkeit der freiesten Entwicklung schmälern zu wollen. verlangt die österreichische Arbeitererschaft auch für Oesterreich das Recht der vollen, freien politischen und ökonomischen Selbstbestimmung und sie vermag die Möglichkeit hierzu lediglich in einer vollständigen politischen und föderalistischen Trennung der beiden Reichshälften zu erblicken, einer Trennung, die keineswegs notwendig zu einem Bülkrig führen muß, sondern in durchaus friedlicher und einverständlicher Weise vollzogen werden kann, und als Endziel durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der alsdann gleichberechtigten und gleich starken Staaten zur Schaffung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes führen soll.

Um diesem Ziel näher zu kommen, genügen nicht Schein Siege der Regierung, sie übermäßigen Neuforderungen der Ungarn zurückzuweisen, sondern es muß vor allem die Grundlage des Badenschen Ausgleichs, der Oesterreich ausliefern, vollständig verlassen werden. In der lauen und verschömmerten Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung erblickt jedoch die Arbeitererschaft ein künftigeres Schaufeld und sie brandmarkt die Konzeptionen zu Gunsten einzelner Parteien sowie den leeren Wortschwatz um den Text des Vertrages, der uns auf eine weitere Reihe von Jahren in Unbähigkeit von Ungarn bringen soll und durch den der glänzigste Augenblick zur Emanzipation Oesterreichs verflumt wird, als einen ausgeprochenen Verrat an den politischen und geistigen, den nationalen und materiellen Interessen der Völker Oesterreichs, insbesondere aber seiner Arbeiterklasse.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Wahl für die Parteiverbreitung hat folgendes Ergebnis. Gewählt werden in den engeren Ausschuß: Anna Boschel mit 126, Popp mit 126, Dr. Ellenbogen mit 125, Staret mit 125, Dr. Adler mit 124, Schumier mit 122, Tomisch mit 120 und Bernerstorfer mit 114 Stimmen. In die Parteikonvokte wurden gewählt: Dr. Gatzl-Belani, Spielmann-Rinz, Brauchauer-Salzburg, Mesel-Gratz, Selliger-Teplitz, Schiffer-Reichenberg, Beer-Wien und Widholz-Wien.

Den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit erteilt Genosse Bernerstorfer. Hauptsächlich behandelt er diejenige Fragen, die den Parteiblätttern und Parteigenossen Stoff zur Diskussion gegeben haben, so die Frage der Wiederaufnahme der Ostraktion und noch anderes. Das Wesen des Parlamentarismus besetzt nur einmal darin, daß die Majorität im Recht sei. Nur im äußersten Notfalle dürfe daher zu dem schweren Schritt der Ostraktion geschritten werden. Auch wegen des Ausgleichs werde die Fraktion nicht ostrakieren. So unvollkommen die Möglichkeit der Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament ist, theoretisch ist das Thor des Parlamentis der Arbeiter geöffnet. Drei Hauptformen hat das Parteiwesen: die Organisation, die Presse, die Fraktion. Die Fraktion hat mit allen Kräften und aller Treue ihre Aufgaben im Parlament zu erfüllen getrachtet.

Eine Resolution wurde beantragt, die der Fraktion vollen Dank und Anerkennung ausdrückt. Brod beantragt einen Zusatz, der die Parteileitung ermahnt, immer eingedenk zu sein, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selber sein kann, daß alle bürgerlichen Parteien und gegenüber nur reaktionäre Mafze seien, und daß ein Kompromiß mit bürgerlichen Parteien, durch das unsere Partei kompromittiert werden kann, thunlichst vermieden werden muß.

In seinem Schlußwort wandte sich Bernerstorfer gegen den Brodianen Antrag. Brod sei viel biselster, als er, aber so weit wie dieser, gehe er (Brodner) als schlimmer Opportunist nicht. Ein Kompromiß, das die Partei kompromittiert, nur thunlichst zu vermeiden, wie es in der Resolution heiße (Heiterkeit) ginge wohl nicht an. Adler habe gemeint, Ostraktion sei nur im Falle einer wirklichen Rechtsbeugung möglich. Denn sei nur mit einer Einschränkung beizustimmen. Rechtsbeugungen gehörten in Oesterreich zum täglichen Brot. Eine Ostraktion sei nur dann möglich, wenn es sich um eine so trasse Rechtsbeugung handelt, daß die Massen in Bewegung kommen.

Die Vertrauensresolution für die Fraktion und die Parteileitung wird fast einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Gatzl auf schriftlichen Bericht über die parlamentarische Tätigkeit nach dem Muster der deutschen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: „Bürgerliche Verfallsungen der Arbeiterbewegung in Oesterreich.“

Der Referent Schrammel-Vidlig begründet unter eingehender Darlegung der besonderen österreichischen Parteiverhältnisse folgende Resolution, die den Kern seiner Ausführungen enthält:

„In dem Maße, als die Arbeiterklasse politische Rechte erobert und an politischen Gewichte zunimmt, wächst auch das Bedürfnis der herrschenden Klasse, die Arbeiterstimmen für sich zu gewinnen und die Macht der Arbeiter durch ihre Spaltung zu schwächen. Wenn sich die bürgerlichen Parteien um die Arbeiter kümmern, so geschieht es gemeinhin, um sie ihren Zwecken dienlich zu machen, um den Klassenkampf zu verwirren, abzustumpfen und zu verfallchen. In Oesterreich insbesondere ist die korrupt und korrumpierende Einrichtung der fünften Kurie für die bürgerlichen Parteien Veranlassung. Möglicht und Verleitung neben der eigenen Parteioorganisation Aiterorganisationen aus proletarischen Elementen zu bilden, die unter der falschen Flagge von Arbeiterparteien Ausbeuterinteressen dienen. Diese Filialen der bürgerlichen Parteien mit proletarischer Firma sind eine Schale der Verimpfung und Korrumpierung der irre geleiteten Arbeiter, die ihren schlimmsten Feinden als Werkzeug und Marionetten dienen müssen. In schamloser Nachäffung der sozialdemokratischen Organisation und der echten Gewerkschaftsbewegung dienen die sogen. nationalen und christlich-sozialen Arbeiterparteien ausschließlich dem mehr oder minder bewußten Betrage der Arbeiter. Wenn es allerdings im allgemeinen nur die einseitige und Charakter schwächeren Elemente der Arbeiter sind, die diesem Betrage unterliegen und sich dazu verleiten lassen, der Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen, so können trotzdem zu Zeiten und bei günstiger Gelegenheit diese Verfallsungen vorübergehend eine gewisse Bedeutung gewinnen und das Fortschreiten unserer Organisation für eine Zeit lang empfindlich hemmen. Es ist darum die Pflicht der Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter den bürgerlichen Arbeiterparteienswindel als plumphen Versuch erkennen, die indifferenten Arbeiter von ihren wahren Zielen abzulenken, gegen ihre eigenen Interessen zu mißbrauchen, ja direkt Arbeitswillige und Streikbrecher zu züchten. Es muß rüchichtslos gezeigt werden, wie dort statt klaren Klassenbewußtseins konfuse Alerweltsdüffelei, statt proletarischen Stowes spießbürgerliche Eitelkeit, statt mannhaften Kampfesmutes erbärmliche Anschleißigkeit geordert wird. Es muß den Arbeitern gezeigt werden, daß wie die Sozialdemokratie die Frucht der Kräfte und der Reize des Proletariats ist, ihre bürgerliche Verfallung nur möglich ist durch die Schwäche und Rückständigkeit der Arbeiter.“

Der Parteitag fordert demnach die Genossen auf, die bürgerlichen Verträge rüchichtslos zu brandmarken; er erwartet aber auch, daß sie den so hetrogenen Proletariern mit aller jener jähren Aufklärungsarbeit zur Seite stehen, deren gerade diese so sehr bedürfen und daß sie stets bereit zur Verfügung jede Gelegenheit begünstigen werden, die den verblendeten Brüdern es erleichtert, auf den Boden zurückzukehren, der ihre Heimat ist, auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes.“

Zugleich erklärt der Parteitag auch aus diesem Anlaß, daß die Beizügung des Privilegienparlamentis samt der korrumpierenden fünften Kurie, die Erzeugung des Wahlrechtes durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht nur eine Forderung des Rechtes, sondern auch ein Gebot der politischen Heilmüchtheit ist.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Wahl des Orts, an dem in zwei Jahren der nächste Parteitag zusammentritt, wurde der Parteileitung überlassen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. August 1902.
Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Maurergewerbe zu Magdeburg.
Das Resultat einer am 5. August cr. veranstalteten Statistik im Maurergewerbe ist folgendes:
Bei 76 Unternehmern waren 82 Poliere, 4081 Gefellen,

der überwachende Beamte hat den gewünschten Vorwand, wegen „Zwischenrufe u. dergl.“ die Versammlung zu schließen. Der ganze Vorgang zeigt, wie unhaltbar die Bestimmungen der aus der Nealltionsperiode stammenden Vereinsgesetzgebung sind und wie dringend deren durchgreifende Reform ist.

Daß die unhaltbaren Zustände durch die „Rechtsprechung“ unserer höchsten Gerichtshöhe nur noch verworrener gestaltet werden, ist leider Thatsache. Den neuesten Rieford auf diesem Gebiete hat das preussische Ober-Verwaltungsgericht geliefert, indem es ansprach, daß ein Komitee von drei Personen bereits ein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes sei. Es bedarf also nur noch eines Schrittes, dann wird in jeder Ehe zwischen Mann und Frau ein Verein im Sinne des Gesetzes gefunden.

Bu den neuerdings sehr beliebt gewordenen Mitteln, den Arbeitern das Versammlungsrecht illusorisch zu machen, gehört die Verhängung einer frühen Polizeistunde über die Lokale, die den Arbeitern zu ihren Versammlungen noch zur Verfügung stehen. Zwar ist die Anwendung der Polizeistunde, wenn nach deren Eintritt der Ausschuß in dem Lokale eingestell wird, eine direkte Verletzung der Bestimmungen über das Versammlungsweesen und der preussischen Verfassung, aber eine sich ihrer Bedeutung bewußte schneidige Polizei setzt sich über solche Kleinigkeiten leicht weg. — Ganz ungläubliche Vorgänge werden in dieser Hinsicht aus Danzig gemeldet, wo es unferen Genossen im Verein mit den Gewerkschaften gelungen war, sich ein eigenes Lokal einzurichten. Die Polizei hat nicht nur jede Versammlung in diesem Lokal bis auf weiteres verboten, sondern auch die Polizeistunde auf acht Uhr abends festgesetzt.

Zu übrigen steht in der preussischen Verfassung noch immer Artikel 29, Abs. 1, welcher lautet:

„Alle Deutschen sind berechtigt, sich ohne vorhergängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.“
(Fortsetzung folgt.)

Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Am dieses Tage in Aushig halt. Wir heben aus den interessantesten Verhandlungen die Beratungen über den österreichisch-ungarischen Ausgleich hervor. Referent hierüber war der Genosse Ellenbogen, welcher die vom Parteivorstand beantragte Resolution begründet.

Diese lautet:

Der Parteitag erklärt: „Der österreichisch-ungarische Ausgleich, in einem Augenblick tiefster politischer Ohnmacht Oesterreichs entstanden, bedeutet seit seinem Bestehen eine ununterbrochene Kette politischer und wirtschaftlicher Schädigungen für unsere Reichshälfte. Während Ungarns Interessen immer entschiedener die äußere Politik der Gesamtstaaten bestimmen, dagegen hemmend auf die organische Entwicklung der inneren politischen Verhältnisse Oesterreichs wirken, wird durch das verschwommene System des Dualismus, das in der parlamentarischen Korratur der Delegationen gipfelt, unser Parlamentarismus entwertet und unser Konstitutionalismus verfallcht. Und während Ungarn seine wirtschaftlichen Potenzen zu kraftvoller Entfaltung gebracht und starke Grundlagen für seine Entwicklung vom Agrar zum Industriestaat geschaffen hat, ist unsere ökonomische Entwicklung stillgestanden, ja zurückgegangen, eine direkte Wirkung der völlig zielbewußten Politik Ungarns, auf unsere Kosten und auf unsern Schultern zu einer höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstufe emporzuführen.“

Aber diesen Prozeß des ungariichen Vorwärts- und des österreichischen Rückwärtswirtschaftens muß überdies Oesterreich überdeutlich mit eigenem Gelde bezahlen, da die von Ungarn ungerechtfertigte Höhe der Duote infolge des wachsenden Mißverhältnisses der Prosperität in beiden Staaten mit immer stärkerer Ungerechtigkeit Oesterreich belastet.

Dieses für Oesterreich so verderbliche Vertragsverhältnis, dient vornehmlich den sogenannten „Gesamtsstaats- und Großmachtsinteressen, in Wahrheit aber lediglich dynastischen Interessen. Die Kosten dafür müssen in erster Linie die Arbeiter in der Form enormer, fortwährend wachsender indirekter Steuern, sowie der Verteuerung ihrer Fortahrung durch Agrarzölle aber auch in der Form des politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstillstandes der Lahnung und Verwumpfung des staatlichen und sozialen Lebens auf allen Gebieten bezahlen.“

Ohne irgendwie den Ungarn, am allerwenigsten den ungarischen Arbeitern, mit denen sie die brüderlichen Interessen der Klasse ver-

„Aber erwähnen Sie doch nur Eines!“ rief der Anwalt.

„Wäre dies thatsächlich der Plan der Lippert gewesen, so hätte sie doch gedacht: erzwingt ich nicht die Eirat, so wenigstens sicherlich eine reichliche Verjorgung! — und dann hätte sie gewiß ihr Kind nicht getötet, sondern sorglich aufgezogen.“

Der alte Kat legte seinen Zeigefinger nachdenklich an die Nase: „Sehen Sie, Doktor,“ sagte er gewichtig, „das ist ein vernünftiger Einwand! Aber darauf sind auch wir schon gekommen — das heißt, offen gesagt, nicht ich, sondern mein Auskultant, der ein sehr gewitzter junger Mensch ist. Doch mußte die Zeugin auch hierüber vollkommen befriedigende Klärtung zu geben. Allerdings that sie dies erst auf wiederholte Fragen, zögernd und unsicher — das brave, gutmütige Mädchen entschloß sich nur schwer, die Verbrecherin noch mehr zu belasten, endlich mußte sie es doch thun. So erfuhrn wir fast zufällig ein wichtiges Detail, welches für die Beurteilung des Falles von großem Einfluß sein dürfte. Es ist eigentlich eine entsetzliche Geschichte. Denken Sie nur, dieses bluhunge Mädchen, diese Lippert, hat von je eine Art Mordtrieb gegen kleine Kinder empfunden. Wiederholt, schon lange vor der That, nach eine der junge Graf auf's Schloß kam, sagte sie der Zeugin: „Seinam! So oft ich ein kleines Kind sehe, fühle ich immer ein Zucken in den Händen, es zu erwürgen.“ Schredlich — Doktor, nicht wahr?“

„Schredlich!“ rief dieser, „wenn Sie dem elenden, meindigen Weibe dieses schalt erfundene Märchen geglaubt haben, schlecht und in der Noe des Augenblicks erfunden, um dem Einwand Ihres Auskultanten zu begegnen, um nicht in ihrem Lügenges ertrapp zu werden und um der Gräfin einen neuen großen Liebedienst zu leisten!“

(Fortsetzung folgt.)

Weiteres.

Zwei Juden aus Rühlich-Polen wandern nach Amerika aus. Auf der langen Reise unterziehen sie sich die Zeit in derselben Weise, wie sonst auf dem heimatlichen Marktplatz, wandern auf dem Zwickend auf und nieder auf „Mären“, d. h. sie erörtern allerhand schwierige religiöse Fragen oder geben einander spitzbude, zum Teil unanständig zu lörende Rätsel auf. „Aljo, lieber Jankel,“ sagt der eine, „wenn der Schilf die lang 375 Jahr, breit 80 und tief 40, wie alt mag sein der Kapitän?“ — „Das ist nicht leicht,“ erwidert Jankel, „aber wenn bis morgen jech wech mer bestanden und rechnen.“ — Am anderen Tage zur gewohnten Stunde tritt Jankel auf seinen Arbeitsplätzchen zu: „Aljo wie habe gesagt, lang soll der Schilf sein 375 Jahr, 80 breit und 40 tief? Dann mag der Kapitän alt sein 43 Jahre, zu gesund bis 100.“ — „Wie habe das ausgerechnet, Jankel?“ — „Jeck lob'n jefagen?“ (Simplicissimus.)

liche Vorladung oder ähnliche von dem Willen des Kontrollpflichtigen unabhängige Umstände veranlaßt werden und entweder offen oder unter dem Siegel der Ortspolizeibehörde versendet werden. Alle anderen Anträge auf Befreiung von den Kontrollversammlungen, z. B. solche, die durch Rücksicht auf Familienfestlichkeiten oder ähnliche Gründe veranlaßt werden, gehören die Postfreiheit nicht.

Ein Zusammenschluß der kaufmännischen Rabattvereine in Sicht. In Leipzig sind neuerdings 50 Vertreter kaufmännischer Geschäfte aus allen Teilen Deutschlands zu dem Zwecke zusammengetreten, um die bestehenden und die noch eventuell zu bildenden Rabattvereine der verschiedenen Städte zu einer festen Interessengemeinschaft zusammenzuschließen. Die Anwesenden erklärten sich im Prinzip mit der Gründung eines Verbandes einverstanden und beschloßen, die Vorarbeiten dazu umgehend in die Wege zu leiten.

Turn Preußen-Lotterie. Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ist die Ziehung der Turn Preußen-Lotterie auf den 26. Oktober dieses Jahres verlegt worden.

Erweiterungsarbeiten im Herrenkrug. Die Erweiterungsarbeiten der Gesellschaftsräume im Herrenkrug haben nach der Abrechnung gekostet 120 639,84 Mark, die elektrische Beleuchtungsanlage 18 083, 03 Mark, die Umgestaltung der Anlagen 5866,40 Mark, zusammen 144 592,27 Mark. Zur Deckung dieses Betrages beantragt der Magistrat die Aufnahme eines als Grundschuld auf das Grundstück „Herrenkrug“ einzutragenden Darlehens von 144 000 Mark, das mit 4 Prozent verzinst werden soll und mit dem Mehrbetrage der Pacht für den Herrenkrug (14 000 : 36 000 = 22 000 Mark) jährlich zu tilgen ist. Die überschüssenden 592,27 Mark beantragt der Magistrat aus Sparfassenüberschüssen zu decken. Nach dem Plane soll das Kapital bis zum Jahre 1910 durch die höhere Pacht getilgt sein. Die Stadtverordneten-Versammlung wird in ihrer nächsten Sitzung über diese Vorschläge zu entscheiden haben.

Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs für die Woche vom 29. Juni bis zum 5. Juli war nach dem Bericht des hiesigen Statistischen Amtes folgende: Geboren wurden 69 männliche, 66 weibliche, zusammen 135 Personen; totgeboren 3. Gestorben sind 47 männliche, 29 weibliche, zusammen 76 Personen, darunter an Diphtherie und Group. Die Zahl der Zugezogenen betrug 1342, die der Fortgezogenen 1806. Die Bevölkerungszahl am 5. Juli stellte sich folgendermaßen: Altstadt 90 412, Wilhelmstadt 23 626, Friedrichstadt mit Werder 9500, Sudenburg 30 627, Neustadt 46 888, Buckau 24 820, zusammen 225 873 Personen (111 762 männliche, 114 111 weibliche), gegen die Vorwoche weniger 408 Personen.

Ein schweres Gewitter mit überreichen Niederschlägen ging am Dienstag nachmittag nach 3 Uhr über unsere Stadt und der näheren Umgebung hernieder, ohne sonderlichen Schaden anzurichten. Nachgerade wirkt der fortwährend niedergehende Regen unheilvoll auf das Wachstum der Feldfrüchte ein. Die Kartoffeln, die noch vor wenigen Wochen zu den besten Hoffnungen berechtigten, schießen rapide ins Kraut, während die Knollen hier und da schon Fäulnisanfänge aufweisen. Das Korn, welches im allgemeinen eine gute und ertragreiche Ernte erwarten ließ, kann infolge der kühlen und nassen Witterung nicht genügend ausreifen. Mit Mühe und Not hat man das Heu, um es gänzlich vor dem Verderben zu schützen, zumeist noch in nassem Zustand eingefahren. Letztlich wird aus Verichten aus der ganzen Provinz die in Aussicht stehende Ernte der Zuckerrüben qualitativ wie quantitativ als sehr minderwertig bezeichnet. Da auch die Obsterte durch die Ungunst der Witterung stark beeinträchtigt werden wird, so darf man gespannt darauf sein, ob nicht diese verschiedenen Faktoren auch noch auf die ferneren Verhandlungen des Posttarifs eine Wirkung ausüben werden.

Die Direktion des Walfalla-Theaters macht große Anstrengungen, um zunächst für den ersten Spielplan ein erstklassiges Ensemble dem Magdeburger Publikum vorstellen zu können. Wie wir hören, ist es der Direktion mit großen Kosten gelungen, die bekannte Vortrags-Soubrette Viane Leitchner (die deutsche „Yvette Guilbert“), welche seit 15 Monaten ununterbrochen in Berlin künstlerisch thätig gewesen, zu engagieren. Nach den uns zur Verfügung stehenden Berliner Preiskurven zu urteilen, verspricht das Auftreten dieser Vortrags-Soubrette ein Stanzpunkt im Eröffnungsprogramm zu werden. Eine spezielle Besprechung der Leistungen dieser Dame behalten wir uns noch vor.

Provinz und Umgegend.

Der Verband der Konsum-Vereine der Provinz Sachsen und der angrenzenden Provinzen und Staaten im Jahre 1901.

Der vom Verbandsdirektor Oppermann verfaßte Jahresbericht des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Sachsen und der angrenzenden Provinzen und Staaten giebt ein sehr anschauliches Bild erfreulicher Entwicklung der diesem Verbands angehörenden Konsumvereine. Der Bericht konstatiert, daß dem Jahre beispielloser Aufwärtsbewegung in Industrie, Handel und Gewerbe ein verderblicher Niedergang gefolgt sei, von der gerade die Industrie, in der die meisten Bewohner der Provinz Sachsen und der angrenzenden Provinzen und Staaten beschäftigt seien, am schlimmsten betroffen worden sei. Gerade die Not und der mindere Arbeitsdienst hätte dazu geführt, angestimmt durch die großen Erfolge der in den verschiedenen Städten und Dörfern bestehenden Konsumvereine neue hilfebringende Genossenschaften zu gründen. Leider seien erhebliche Zweifel entstanden, ob bei den neuen Gründungen immer mit der nötigen Vorsicht verfahren worden sei, da die Verjudung hier zu nahe läge, mit Kredit zu arbeiten. Die preussische Warenhaussteuer, von der einige Genossenschaften des Verbandes betroffen worden seien, habe dahin geführt, daß von den betroffenen Vereinen verschiedene Artikel, namentlich **Kamuffurwaren, mit Verlust** abgesetzt werden mußten.

Entschieden muß es gerügt werden, daß, wie der Bericht konstatiert, von den auskunftgebenden Fragebogen 41 nicht zurückgesandt wurden. Der Nachlässigkeit dieser Verweise ist es zuzuschreiben, wenn der Bericht gewisse Lücken widmet der Bericht eine eingehende Betrachtung. Um der Einkommensteuer entzogen zu sein, haben 26 berichtende Vereine das System der geschlossenen Läden eingeführt, d. h. ein derartiger Laden muß verschlossen gehalten werden und darf nur auf **Bestellung** der Mitglieder auf Eintritt geöffnet werden. Die unter diesen Umständen geführten Läden sind in Preußen und Braunschweig frei von Einkommensteuer. Zu den allgemeinen Steuern werden alle Konsumvereine herangezogen, soweit der Geschäftsertrag die erforderliche Höhe erreicht hat.

Einkaufsvereinigungen bestehen innerhalb des Verbandes in Braunschweig, Dessau, Magdeburg und Seesen. Neuerdings ist auch eine Einkaufsvereinigung der Konsumvereine des Bezirks Halle gegründet worden.

Dem Verbands gehörten im vorigen Jahre 183 Vereine an, deren Zahl in diesem Jahre auf 193 gestiegen ist. Es sind dies 166 Konsumvereine mit beschränkter und 20 mit unbeschränkter Haftpflicht; ein Konsumverein ist garnicht eingetragen, eine Rohstoffgenossenschaft mit beschränkter und zwei mit unbeschränkter Haftpflicht, zwei Badeanstalten und eine Magazingenossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Zur Statistik des Verbandes berichten 176 Konsumvereine mit einer Mitgliederzahl von 89 578 gegen 81 360 Mitglieder des Vorjahres. Den Verufen nach gegliedert wies die Arbeiterklasse die stärkste Beteiligung auf.

Die Höhe der Geschäftsanteile ist von den berichtenden Vereinen von 3 Mark steigend bis zu 55 Mark angegeben. Bei 53 Vereinen betragen die Geschäftsanteile 15 Mark, bei 59 Vereinen 20 Mark und bei 32 Vereinen 30 Mark. Der Durchschnitts-Geschäftsanteil beträgt demnach 20,33 Mark gegen 19,97 Mark des Vorjahres. Man sieht aus dieser, wenn auch nur geringen Steigerung der Geschäftsanteile, daß sich die Erkenntnis immer mehr Bahn bricht, mit dem System der niedrigen Geschäftsanteile zu brechen.

Der Umsatz bezieht sich in den 252 Läden der berichtenden 176 Konsumvereine, von denen 6 zur Lagerung der Waren der einzelnen Verkaufsstellen Centraallager errichtet haben, auf 22 449 310 Mark im eigenen Geschäft gegen 20 734 409 Mark des Vorjahres. Im Lieferantengeschäft wurden 4 654 320 Mark gegen 1 896 180 Mark des Vorjahres umgesetzt. Der gesamte Umsatz beträgt demnach 27 103 630 Mark gegen 22 630 589 Mark des Vorjahres. Die Steigerung des Umsatzes, allerdings bei einer Vermehrung um 14 Vereine, beträgt 1 714 901 Mark im eigenen und 2 758 140 Mark im Lieferantengeschäft. Der Durchschnittsumsatz jeder einzelnen Verkaufsstelle beträgt 89 084 Mark im eigenen Geschäft gegen 91 341 Mark des Vorjahres, im Lieferantengeschäft 18 380 Mark gegen 8553 Mark im Vorjahre, zusammen also 107 464 Mark gegen 99 894 Mark im Vorjahre. Es ist demnach eine ganz erhebliche Steigerung im Lieferantengeschäft zu verzeichnen, eine Erscheinung, die den Konsumvereinen Anlaß zu ernstern Betrachtungen geben sollte. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied beträgt 250 Mark im eigenen und 52 Mark im Lieferantengeschäft, zusammen 302 Mark gegen 301 Mark im Vorjahre. Die Eigenproduktion betreiben 15 von den berichtenden Vereinen. Dieselbe erstreckt sich meistens auf Bäckerei und Schlächtere.

Grundbesitz haben 54 Vereine erworben im Buchwerte von 1 886 684 Mark (1 540 349 Mark im Vorjahre) mit einer Befastigung von 759 895 Mark (619 570) in Hypotheken und 398 406 Mark (403 797) in Hausanteilscheinen 1 158 301 (1 023 367) gleich 61,39 Prozent (66 Prozent). Der Bericht warnt mit Recht davor, daß ganz junge kapitalarme Vereine Grundbesitz erwerben, weil daraus recht bedenkliche Folgen entstehen können.

Der Brutto-Geschäftsertrag der berichtenden 176 Vereine beträgt insgesamt 4 510 646 Mark gleich 16,65 Prozent gegen 4 075 408 Mark gleich 18,1 Prozent des Vorjahres. Dem Bruttoertrag stehen Geschäftslasten und Unkosten von 1 629 188 Mark gleich 6,02 Prozent gegen 1 423 080 Mark gleich 6,29 Prozent des Vorjahres gegenüber. Der Reingewinn beträgt im Berichtsjahre 2 882 458 Mark gleich 10,63 Prozent gegen 2 652 322 Mark gleich 11,72 Prozent des Vorjahres. Derselbe wurde verteilt wie folgt: Zinsen auf Mitglieder Guthaben 17 665 Mark, Rückvergütung für gekaufte Waren 2 750 542 Mark gleich 10,15 Prozent. Den Reservefonds wurden 45 117 Mark gleich 3,44 Prozent zugewiesen. Zu Volksschulungs- und gemeinnützigen Zwecken wurden 15 005 Mark verwandt. Dem Dispositionsfonds wurden 38 945 Mark überwiesen, während 14 184 Mark auf neue Rechnung in Vortrag gebracht wurden. Die Blätter für Genossenschaftswesen wurden von 24 der berichtenden Vereine nicht gehalten.

Der sehr umfangreiche und eingehende Bericht schließt: In der Erwartung, daß er allen Verbandsmitgliedern einen befriedigenden Einblick in die Verhältnisse des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Sachsen und der angrenzenden Provinzen und Staaten gewähren und zur weiteren geistlichen Fortentwicklung in friedlichen Bahnen beitragen möge.

Halberstadt, 18. August. (Ein großer Arbeiterfreund) scheint der Barbierherr Vorzelle, Westendorf, gegenüber der Post, zu sein. Ein hiesiger Barbiergehilfe, der wegen der Agitation für die Organisierung seiner Halberstädter Berufsgenossen arbeitslos wurde, fragte leztlich bei diesem Herrn um Beschäftigung an. Als Herr Vorzelle den Namen des Gehilfen vernahm, der bei den meisten Barbierherren hierorts wegen dieser Thätigkeit schwarz angeschrieben steht, fühlte er sich verpflichtet, dem Arbeitssuchenden folgende geistreiche Standrede zu halten: „Ich darf Sie nicht beschäftigen, denn Sie stehen wegen Ihrer Agitation öfter mit der Polizei in Konflikt. Zu übrigen sollten Sie sich als Barbier etwas viel besseres denken wie die Arbeiter und sich nicht mit der Sozialdemokratie einlassen.“ — Solch rüchthändige Ansichten bei einem Geschäftsmann zu treffen,

dessen kümmerliche Existenz hauptsächlich von Arbeitern abhängt, sollte man kaum für möglich halten. Die hiesigen Arbeiter werden sich natürlich nur in solchen Barbiergehäften bedienen lassen, in welchen den Angestellten das Koalitionsrecht gewahrt bleibt und in denen man die Arbeiter auch nicht als Menschen zweiter Klasse betrachtet.

Halle, 19. August. (Wissentlich un w a h r e Thatsachen.) Am 18. Juni d. J. war im „Volksblatt“ unter der Rubrik „Tagesgeschichte“ von einer Verhandlung des Kriegsgerichts in Frankfurt a. M. Notiz genommen, in welcher der Vorsitzende zur Begründung der Bestrafung eines Unteroffiziers wegen Mißhandlung Untergebener folgendes sagte: „Die Soldatenmißhandlungen haben in letzter Zeit stark zugenommen, so daß nur von strenger Bestrafung Abhilfe erwartet werden kann.“ Diese freimütigen Worte eines höheren Offiziers veranlaßten das „Volksblatt“ zu der Bemerkung, daß die Schuld an den Mißhandlungen am System läge; die Unteroffiziere würden wieder von oben gepreßt und so reihe sich Glied an Glied in der endlosen Kette der Soldatenmißhandlungen. Zum Schluß drückte das Blatt seine Meinung dahin aus, daß ja die sogenannte militärische Ausbildung in der Hauptsache nicht in einer Vorbereitung zum Krieg, sondern in Uebungen zu Parade-Schaustellungen zum Ergözen einiger großen Herren bestehe. Zu diesem Zwecke müsse der Unteroffizier seine Untergebenen drillen, ob er wolle oder nicht.

Diese Sätze haben in hiesigen Militärkreisen Anstoß erregt und man fandte die betr. Nummer des „Volksblattes“ dem preussischen Kriegsminister zu. Inzwischen erhielt in vergangener Woche der Genosse We i ß m a n n als damaliger Verantwortlicher eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter und dieser teilte ihm mit, daß der preussische Kriegsminister Strafantrag gestellt habe, weil nach seiner Meinung die genannte Armee beleidigt und, da sie eine Staatseinrichtung sei, verächtlich gemacht worden ist. (Vergehen gegen § 131 des Str.-G.B.)

Dieser Paragraph bestraft denjenigen, der wissentlich un w a h r e Thatsachen verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen verächtlich zu machen.

Halle, 19. August. (Die Lindner'sche Auslieferung) beschäftigte eine heute abend im großen Saale des „Velleue“ stattgehabte Metallarbeiter-Versammlung. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Bauvorstehers Genossen W o ß aus Magdeburg wurde von den in jener Waggonfabrik beschäftigt gewesenen Metallarbeitern das Verhalten Lindners einer scharfen, aber berechtigten Kritik unterzogen. Ein Arbeiter habe, so wurde behauptet, in 14 Tagen 13 Mark verdient. Es seien ganz exorbitante Strafen verhängt worden usw. Die Versammlung brachte in einer Resolution zum Ausdruck, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß jener aussperrungslustige Unternehmer keine geeigneten Arbeiter bekomme.

Halle, 19. August. (Verdurstet) in der südwestsafrikanischen Steppe ist, wie die in Swakopmund (Südwestsafrika) erscheinende „Deutschsüdwestsafrikanische Zeitung“ in ihrer Nummer vom 10. Juli schreibt, Mitte März d. J. der hier gebürtige Herr August Weber, der vor 2 1/2 Jahren aus Deutschland ins Schutzgebiet gekommen war und sich zunächst in Marienthal niedergelassen hatte. Weber reiste in der Absicht, im Grootfontein Gebiet sich eine Farm zu kaufen, in Gesellschaft eines anderen Herrn von Marienthal ab. Am 10. März morgens verließ er auf dem Wege zwischen Tsub-garris und Karrigab den Wagen, um Springböcke zu schießen. Als er gegen Mittag noch nicht zurück war, schickte sein Begleiter zwei Leute aus, um ihn zu suchen. Die Leute kamen am nächsten Tage unberichteter Sache wieder. Es wurde nunmehr beim Distriktskommando in Maltahöhe Anzeige erstattet und von dort sogleich eine Anzahl Leute zu Fuß und zu Pferde ausgesandt. Am zwölften Tage fand man die Leiche des Vermissten. Das mit dem Kopf bedeckte Notizbuch enthielt eine am fünften Tage nach der Entfernung gemachte Eintragung. Die Leiche Webers wurde auf Maltahöhe beerdigt. Nach später gefundenen Spuren war der Vermisste zweimal in der Nähe von Wasser gewesen, einmal sogar ganz nahe bei Kurrigab, wo Büren wohnen. Der Boden ist indessen dort sehr hart, so daß die Spur sich nur schwer finden ließ.

Neuhaldensleben, 19. August. (Die Nachbarn des abgewiesenen Tänzers.) Hier gab ein junger Mann auf einem Ball einem Mädchen eine schallende Ohrfeige, weil ihm die Schöne einen Tanz abge schlagen hatte. Die Angelegenheit kam vor Gericht, und hier machte der ungalante Jüngling geltend, es sei „Rechtsjitte“, eine Tanzablehnung auf dem Tanzboden durch eine sofortige Erwiderung der Beleidigung in Gestalt einer Ohrfeige zu rächen. Die Richter schenkten den Beteuerungen des jungen Mannes jedoch keinen Glauben und verurteilten den rechtskundigen Tänzer zu einem Tage Gefängnis.

Stassfurt, 19. August. (Die Propaganda-Versammlung) des Konsumvereins hatte das Ergebnis, daß sich eine erfreuliche Anzahl neuer Mitglieder einzeichnete. Eine Anzahl von Annahmungen sind außerdem noch eingegangen, so daß der Verein sehr bald in der Lage sein wird, seinen Mitgliedern bereits etwas bieten zu können, ehe die Errichtung einer Verkaufsstelle erfolgt.

Stassfurt, 19. August. (Die Vereinigten Chemischen Fabriken in Leopoldshall N.-G.) machen zur Zeit viel von sich reden. Zwar hat der Generaldirektor Dr. Schneider, der seit mehr denn einem Jahre die Fabriken leitet, schon seit Antreten seines Amtes reichlichen Gesprächsstoff geliefert, in neuerer Zeit aber fordert er die öffentliche Kritik doch zu sehr heraus. Sein neuester Witz ist, daß er jedem Arbeiter die sofortige Entlassung angedroht hat, der irgend etwas über die inneren Verhältnisse der Fabriken spricht. Herr Schneider mag daraus, daß wir dies veröffentlichen, ersehen, daß die Arbeiter auf diese Androhung pfeifen — und mit Recht.

Seit Herr Schneider „im Amt“ ist, sind die Löhne derart herabgesetzt worden, daß niemand mehr ein besonderes Inter-

Esse daran hat, den Aktionären der Fabrik die Dividende und dem Herrn Schneider Lantime zu erarbeiten. Erst neulich hat Herr Schneider angeordnet, daß denjenigen Arbeitern, die länger als 8 Wochen krank sind, gekündigt wird.

Früher haben sich die Vereinigten Chemischen Fabriken Leopoldshall durch ein gewisses sozialpolitisches Verständnis und eine gewisse Arbeiterfürsorge ausgezeichnet. Das ist nun dahin und der in dieser Beziehung weit reichende Einfluß des Herrn Pastor Baumeister scheint eine unübersteigliche Schranke an dem ausgeprägten Industrie-feudalismus des süddeutschen Geschäftsführers zu finden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Erfurt vergrößert sich die Kaufmannswitwe Hpell und deren 16 jährige Tochter Elsa durch Leuchtgas. — Direktor Dr. Holzappel in K. S. hat sich mit der ihm vom Gemeinderat angebotenen Zahlung einer Abfindungssumme von 105 000 Mark innerhalb der ihm gesetzten Frist und mit dem anderen ihm gestellten Bedingungen einverstanden erklärt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Parteigenossen! Auf Grund unseres Statuts hat alljährlich eine Generalversammlung stattzufinden, in welcher über die gesamten Angelegenheiten des Vereins beraten werden soll. Die zweite Generalversammlung findet nun am Sonntag, den 7. September, 11 Uhr morgens in Wernigerode im „Volksgarten“ statt.

Kreis-Partei-Konferenz für den Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Parteigenossen! Laut Beschluß findet die Konferenz im Anschluß an die Generalversammlung des Wahlvereins am Sonntag, den 7. September, nachmittags 3 Uhr, in Wernigerode im „Volksgarten“ statt. Provisorische Tagesordnung: 1. Bericht des Kreisvertrauensmannes und Neuwahl desselben.

Der Vertrauensmann Karl Schönfeld, Burgtreppe 5. Folgende Vorschläge zur Kreis-Konferenz sind eingegangen: Von dem Halberstädter Parteigenossen: 1. Der Delegierte zum Parteitag hat dafür einzutreten, daß ein Preussischer Parteitag mit der Tagesordnung: „Die preussische Landtagswahl“ stattfinden.

* Eine Eheschließung ist im Wandsbeker Amtsgerichts-Gefängnis vorgenommen worden. Der Arbeiter Stehr und die Plätterin Dieke, die beide eine wegen gemeinschaftlichen Betrugs über sie verhängte längere Gefängnisstrafe zu verbüßen haben, waren die Brautleute.

* Geflügelte Ameisen. Aus Teplice wird berichtet: Eine seltene Erscheinung erregte Sonnabend nachmittag die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und aller Kurgäste. Ein Schwarm von Milliarden Insekten ließ sich in den Nachmittagsstunden wie eine Wolke auf die Stadt nieder.

* Der Monat August wird in der englischen Gesellschaft nicht nur als der Krönungsmonat berühmt werden, sondern auch als einer der kältesten Augustmonate, die das Land je gesehen hat. Die englischen Landwirte sind in Verzweiflung über die schlechten Ernteausichten.

* Eine Räubergeschichte. Eine Mordtatgeschichte höchst mysteriöser Art aus dem Jahre 1866 veröffentlicht in seinen von der „Lingzer Tagespost“ abgedruckten Jugenderinnerungen der österreichische Schriftsteller A. d. o. l. f. S. c. h. w. a. y. e. r. Etwa eine Woche vor dem Nikolsburger Friedensschlusse, heißt es da, kam König Wilhelm und Bismarck mit großem Gefolge nach Borsdorf und standen längere Zeit auf dem Marktplatz auf der Plattform vor dem Cafe Hugel.

* Von der Höhenangst. Höhenangst nennt der bekannte Nervenarzt Professor Krapielin jenes bekannte Gefühl des Schwindels, welches viele Menschen an hochgelegenen Punkten empfinden. Es giebt Leute, die kaum an einer Balkonbrüstung stehen oder eine schmale Brücke passieren können, ohne eine Empfindung starken Unbehagens und beklemmender Angst zu verspüren.

Litterarisches.

Praktische Anleitung zur gesamten kaufmännischen Schriftführung (Abfassung, Herstellung, Abhandlung usw. aller Arten von Schriftstücken). Gemeinverständlich bearbeitet für Schule, Comptoir und Selbstbelehrung von P. Ch. Martens, Berlin. Oktav — Gebunden — 2,75 Mark. — Der gesamte kaufmännische Briefwechsel in deutscher Sprache. Methodische und praktische Anleitung zur selbstständigen Abfassung aller Geschäftsbriefe, dargestellt durch 120 Musterbriefe, zahlreiche Umformungen und Aufgaben, versehen mit eingehenden Erläuterungen unter besonderer Berücksichtigung der handels- und wirtschaftlichen Seite. Gemeinverständlich bearbeitet für Schule, Comptoir und Selbstbelehrung von August Bergmann, Reallehrer und Lehrer der Handelswissenschaften usw. in Karlsruhe. Oktav — Gebunden 2,75 Mark.

Turnverein „Vorwärts“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag von 8—10 Uhr abends in der Stadt-Turnhalle am Königsberg. Dorfsport-Turnabend der Damenabteilung jeden Donnerstag von 7—10 Uhr. Jeden Dienstag und Donnerstag von 8—10 Uhr abends in der Wilhelmstraße 11. Abteilung in der Turnhalle Knauffstraße. — Neue Heustädter Arbeiter-Gesangverein. Donnerstag: Übungsabend. Sonnabend: Mitwirkung beim Sommerfest des Töpfer-Verbandes im „Weißen Hirsche“.

Briefkasten.

1000, Quedlinburg. Sie haben keinen Anspruch auf Altersrente, weil Sie Invalidenrente beziehen. Beide Renten zusammen werden nach § 34 Abs. 3 des Invalidenversicherungsgesetzes nicht ausgezahlt. — G. R., Burg. Wir haben oft genug gemacht, solchen Verträgen wie Lebensversicherungen usw. ohne sorgfältige Prüfung die Unterschrift zu verweigern. Da Sie das nicht gethan haben, befindet sich der Agent im Recht. — S., Halberstadt. Die Dienstmädchengeschichte ist ohne Angabe des Namens der Herrschaft unbenutzbar; mit Namensangabe nur wenn uns die Beweise für die Wahrheit des Vorganges erbracht werden. — M., Wernigerode. Bin am 30. August in Halberstadt verheiratet. Bitte also einen anderen Termin anzusetzen. Gruß! R. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 19. Aug. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 139 Rinder, 159 Kälber, 228 Schafvieh etc., 611 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 36—37 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 33—35 Mark, c) mäßig genährte junge und ältere 30—32 Mark, d) gering genährte jeden Alters 27—29 Mark. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 34—35, b) vollfleischige jüngere 31—33, c) mäßig genährte jüngere und ältere 28—30 Mark, d) gering genährte jüngere und ältere 26—27 Mark. Färsen und Kälber: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes — 32 Mark, b) vollfleischige Kälbe bis zu 7 Jahren 30—32 Mark, c) ältere ausgemästete Kälbe und wenig gut entwickelte jüngere Kälbe und Färsen 27—29 Mark, d) mäßig genährte Kälbe und Färsen 24—26 Mark, e) gering genährte Kälbe und Färsen 18—23 Mark. Kälber: a) feinste Mast 46—49 Mark, b) mittlere 40—45 Mark, c) geringe Saugkälber 30—39 Mark, d) ältere, gering genährte (Fresser) 24—28 Mark, Schafe: a) Mastlamm 28—31 Mark, c) mäßig genährte 23—27 Mark. Schweine: a) vollfleischige 66—67 Mark, b) fleischige 64 bis 65 Mark, c) gering entwickelte 62—63 Mark, d) Sauen und Eber 48 bis 60 Mark bei 40—60 Pfund Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara. Verkauf und Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 25 Rinder, 5 Kälber, 65 Schafe, 80 Schweine.

Marktberichte.

Magdeburg, 19. August. Weizen starker angeboten bei schwacher Nachfrage zu 156—158 je nach Lage der Station bezahlt, Klammere Qualitäten bis 5 Mk. billiger. Roggen, alter, trockene Ware vielfach zu 138—142 je nach Lage der Station gehandelt, feuchte Sachen ganz erheblich billiger angeboten. Hafer träge, in alter Ware zu 175—180 frei Magdeburg offeriert. Gerste, Brauware wurde einiges in minderen Qualitäten zu 143 und 146 Mk. ab benachbarten Stationen gehandelt: Wintergerste 138—140 bezahlt. Mais stramm, niedriger 136—139, runder 121—123, defekte Ware 90—105 ab hier angeboten. —

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level changes. Includes entries for Straußfurt, Trotha, Alleben, Bernburg, Calbe, Dessau, Magdeburg, Jungsburg, Saub., Bismarck, Prag, Pardubitz, Brandeis, Melnit, Leitmeritz, Auzsig, Dresden, Torgau, Wittenberg, Hofbau, Pörsch, Schönebeck, Magdeburg, Langensalze, Wittenberge, Dömitz, Pegel, Lauenburg, Brandenburg, Ratzenow, Havelberg, Kassel, Bries, Bries, Dresden, Frankfurt, Kitzlin, Posen, Kitzlin.

Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung bei Ullrich, Knochenhauerstraße 27/28.

Dichterehrung und „Lustbarkeits“-Steuer.

Vor einigen Tagen erregte es erst Aufsehen in ganz Deutschland, daß der Magdeburger Magistrat eine Lustbarkeitssteuer in Höhe von 50 Mark anlässlich einer Wohlthätigkeits-Veranstaltung zu Gunsten der Hinterbliebenen der „Primus“-Katastrophe eingefordert hatte. Soeben erhalten wir Kenntnis von einem neuen Vorgehen desselben Magistrats, das den ersten Fall beinahe noch in Schatten stellt.

Am 13. August, dem Tage der 100. Wiederkehr des Geburtstages Nikolaus Lenaus, veranstaltete die Magdeburger Arbeiterschaft eine öffentliche Versammlung, in der ein Vortrag über den Dichter nebst einigen in den Vortrag eingeleiteten Recitationen aus seinen Dichtungen gehalten wurde.

Um die Versammlung zu verschönern und ihr noch mehr das Gepräge einer künstlerischen Ehrung des Dichters zu geben, trug ein Gesangsverein nach Eröffnung der Versammlung ein Lied vor, dessen Text von keinem Geringeren als Schiller stammt. Auch nach Beendigung des Vortrages sangen die Sänger noch ein kurzes Lied, das dem Anlasse durchaus entsprach.

Nunmehr erhält der Wirt des betreffenden Lokals das folgende Schreiben:

Der Magistrat
Steuer-Deputation.
Z.-Nr. 1566 L.-St.
Magdeburg, den 16. August 1902.

Nach amtlicher Anzeige hat am 13. d. M. in dem Saale des „Dreikaiserbund“ ein Konzert (Gesangsvorträge) durch einen Arbeiter-Gesang-Verein verbunden mit Recitationen, gegen Eintrittsgeld stattgefunden, ohne daß hierfür die nach § 1 Nr. IV u. V der Lustbarkeitssteuer-Ordnung vom 17. Juni 1898 fällige Steuer von 8 Mark entrichtet ist.

Sie werden daher aufgefordert, diesen Betrag binnen 3 Tagen bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung an unsere Steuerkasse — Spiegelbrücke 1/2 — zu zahlen.

Der gegen diese Steuerforderung zulässige Einspruch, welcher indessen aufschiebende Wirkung nicht besitzt, ist binnen 4 Wochen beim Magistrat schriftlich zu erheben.

J. B.: Klinghardt.

Zu gleicher Zeit ging dem Wirt noch ein zweites Schreiben zu, in dem der Magistrat ihm eine Strafe von 2 Mark auferlegt, weil er die „Lustbarkeits“-Steuer nicht schon vor der Versammlung, spätestens am nächsten Werktag entrichtet hat.

Also 10 Mark sollen nachträglich in die Stadtkasse als Strafe dafür bezahlt werden, daß die Magdeburger Arbeiter die Pflicht in sich fühlten, amhundertsten Geburtstage eines großen deutschen Dichters einige Stunden der Erinnerung an diesen Mann widmen zu müssen!

Traurig genug, daß in den bürgerlichen Kreisen Magdeburgs in keiner Weise Lenaus gedacht worden ist. Ist die Strafe etwa unbewußt ein Ausfluß des Mergers darüber, daß auch in einem solchen Falle die Arbeiter der Magdeburger Magistrat so wenig Sinn für das in der Dichterehrung zum Ausdruck kommende Bestreben der hiesigen Arbeiterschaft, ihr Wissen zu vermehren und ihren Sinn von flacher „Lustbarkeit“ weg auf ernste künstlerische Veranstaltungen hin zu lenken, daß er vor weiteren derartigen Veranstaltungen durch seine „Lustbarkeits“-Steuer warnen will?

Man hat sich in Deutschland darüber entrüstet, daß die Ungarn die Lenaufeier im Geburtsorte des großen Dichters ein wenig zu patriotischen Zwecken ausgenutzt haben. Die Ueberpatrioten in Deutschland, die selbst den geringsten und unpassendsten Anlaß zu patriotischem Hurra benutzen, haben beikäuflich zu dieser Entrüstung wenig Anlaß. Das Magdeburger Beispiel zeigt aber, daß wir in Deutschland selbst Ursache zur Entrüstung haben. Wie heißt es doch in Goethes „Tasso“:

„... wer der Dichtkunst Stimme nicht vernimmt,
Ist ein Barbar, er sei auch, wer er sei.“

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. August 1902.

Achtung, Solzarbeiter! Zwei wichtige Versammlungen finden am Sonnabend, den 23. August, statt. Genosse S a u p t wird in der Wilhelmstadt, Genosse M a r c t o a l d in der Neustadt sprechen. Wir erwarten, daß die Solzarbeiter in diesen Bezirken schon jetzt für die nötige Agitation sorgen. Das nähere werden die Inserate ergeben.

Herr Pfarrer Müting, die Polen und die Sozialdemokratie. Am Sonntag, den 17. August, fand im kleinen Saal „Eiskeller“ das 2. Stiftungsfest des Polenvereins „Einigkeit“ für Magdeburg-Sudenburg statt. Gegen 8 1/2 Uhr abends hielt der Herr Pfarrer Müting eine Festrede, in welcher er meinte, ein jeder Pole müsse ein guter Katholik sein, müsse die Kirche fleißig besuchen, müsse sparsam, arbeitsam, fleißig sein. Der Geistliche rief den Polen zu, sie sollten sich vor schlechten Menschen hüten und vor dem Sozialismus, der „kein Freund der Arbeiter“ sei.

Die polnischen Arbeiter werden — auch wenn sie noch am katholischen Glauben hängen — einsehen, daß ihre Rechte nur noch von der Sozialdemokratie verfochten werden, während sie von dem Centrum und auch von der national-polnischen Partei schände verraten werden. Als bei dem vom Centrum selbst eingebrachten Toleranzgesetzentwurf unsere Parteigenossen den Antrag stellten, daß kein Kind mehr zur Teilnahme an einem Religionsunterricht gezwungen werden dürfe, der nicht in der Muttersprache der Schüler erteilt würde, da hat die Centrumspartei die Annahme dieses im Interesse gerade der polnischen Katholiken gestellten Antrages verhindert. Ihre eigenen Weidtkinder lieferten die „hohen Herren der Kirche“ leichtfertig der preussischen Nation aus; vermutlich erinnerten sich diese „Herren“ an

das Wort von dem „undanbaren“ Volk der Polen, mit welchen sie offenbar nichts zu thun haben wollten.

War die Sozialdemokratie die einzige Partei, welche die nationale Freiheit der Polen gegenüber der hafatistischen Willkür rücksichtslos verfocht, so wurden die gemeinsamen Interessen der deutschen und der polnischen Arbeiter erst recht von allen bürgerlichen Parteien stets den Wünschen des ausbeutenden Unternehmertums aller Rassen und Religionsgemeinschaften untergeordnet. Sind doch jetzt wieder das Centrum und die Polen dabei, der Arbeiterklasse rücksichtslos durch den Zollwucher das Brot zu verteuern!

Statt arme polnische Arbeiter, die man oft noch als Lohnrücker gegen die deutschen Arbeiter auszunutzen versucht, zur „Sparsamkeit“ zu mahnen, sollte ein Prediger christlicher Liebe lieber auf den Mangel jeglicher Humanität hinweisen, welchen die besitzenden Klassen, von den galizischen Schlachzigen bis zum preussisch-polnischen Hofadel, von der katholischen bis zur jüdischen oder protestantischen Bourgeoisie in allen Ländern täglich beweisen.

— **Seinen Verletzungen erlegen** ist der Ruischer Sengesped, der am Sonnabend Abend in der Schindstrasse vom Wagen gestürzt ist. Am Dienstag Abend 10 Uhr ist er im Neustädter Krankenhaus gestorben.

— **Der Arbeiter Meinschert**, welcher am Sonnabend in der Möbelfabrik von S. Sperling, Wilhelmstraße, an einer Fräsmaschine verunglückt war, teilt uns mit, daß er schon mehrfach an Fräsmaschinen gearbeitet habe, auch in der Fabrik den ersten Verband erhalten habe.

— **Viktoria-Theater.** Am Freitag hat Herr Eugen Klug, abend. Zur Aufführung gelangt die seit einigen Jahren nicht gegebene Posse „Kryh-Prig“ von S. Willen und D. Justinus. Hierauf folgt Frä. Anna Thiem, eine in Magdeburg sehr geschätzte und beliebte Dilettantin, wird darin gastieren.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. (Ferien-Strassammer.)
Sitzung vom 19. August 1902.

Freisprechung. Die Ehefrau des Gärtners August Eulenstein zu Schönebeck verließ am 13. März d. J. mit ihren drei Kindern ihren Mann, weil er mit einem Mädchen ein Liebesverhältnis unterhielt, das nicht ohne Folgen geblieben war. Im April suchte sie beim Magistrat Armenunterstützung nach. Der Aufforderung dieser Behörde, für den Unterhalt seiner Kinder zu sorgen, soll Eulenstein in der Zeit vom 8. bis Ende April nicht befolgt haben, obwohl er dazu in der Lage war. Das Schöffengericht verurteilte ihn daher am 19. Juli wegen Uebertretung des § 366, 10 des Str.-G.-B. zu einem Tage Haft. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und sprach den Beschuldigten frei.

Freisprechung. Der Steuermann Gustav Fuhrmann zu Westerbüßen weigerte sich am 5. April 1901, den Bürgersteig, die Gasse und den Straßendammbor seinem Grundstücke reinigen zu lassen, weil er behauptete, er sei dazu nicht verpflichtet, vielmehr liege die Reinigungspflicht observanzmäßig der Chausseebau-Verwaltung ob. Das Schöffengericht Budau erkannte am 15. November wegen Uebertretung der Polizei-Verordnung des Amtsvorstehers vom 20. Mai 1900 auf eine Mark Geldstrafe. Die Berufung des Beschuldigten wurde am 18. Januar d. J. von der hiesigen Kammer verworfen. Auf seine Revision erklärte aber das Kammergericht die in Rede stehende Polizeiverordnung für rechtsungültig und sprach in der Entscheidung aus, daß nicht die Ortseingewohnten, sondern die Gemeinde selbst zur Straßenreinigung verpflichtet sei. Diese Verpflichtung könne nur durch Gesetz, oder durch ein vom Bezirks-Ausschuß bestätigtes Ortsstatut aufgehoben werden. Unter Aufhebung des Urteils wurde daher die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Die Berufungskammer sprach heute, gebunden an die obige Entscheidung, den Beschuldigten frei und legte sämtliche Kosten, einschließlich der Verteidigung, der Staatskasse auf.

Kurpfuscheri. Die berechtigte Dachdeckermeister S ö p f n e r, Wilhelmine geborne Liebau, zu Staßfurt, soll im Februar d. J. an die schwer an Lungenerkrankung erkrankte und inzwischen verstorbene Wäckerfrau Nordmann zu Borne Tropfen verkauft haben, die aus einer anisöthaltigen Amoniakflüssigkeit bestanden und nach der Verordnung vom 27. Januar 1900 dem freien Verkehr entzogen waren. Das Schöffengericht erkannte am 17. Juli wegen Uebertretung des § 367 3 des Str.-G.-B. mit Rücksicht auf das gemeingefährliche Treiben der Beschuldigten auf eine Woche Haft. Ihre Berufung wurde verworfen, das Strafmaß aber auf 30 Mark Geldstrafe herabgemindert.

Bestrafte Unterlassung. Der Rechtskonsulent Otto Buschmann hier hatte im Februar d. J. im Auftrage des Kaufmanns Simon Pinus in einer Warenhaussteuer-Streitfrage eine Eingabe an die Regierung angefertigt und von ihm unterschreiben lassen, es selbst aber unterlassen, der ministeriellen Vorchrift vom 28. November 1901 gemäß auch seinen Namen, sowie seine Wohnung und die Geschäftsnummer mit darauf zu setzen. Das Schöffengericht belegte daher Buschmann am 11. Juli wegen Gewerbepolizei-Uebertretung mit 5 Mark Geldstrafe. Seine Berufung wurde verworfen.

Kleine Chronik.

Merkwürdige Schamhaftigkeit.

Ein Leipziger Geschäftsmann war in dem Glauben, daß ihm ein Geldbeutel mit 1300 Mark gestohlen worden sei, und wegen des Verdachts der Thäterschaft wurde ein junger Mann verhaftet, der in der Familie aus- und einging. Schon am anderen Tage fand die Frau des Geschäftsmannes den Beutel samt dem Inhalt in einem Bett vor, wo sie ihn zu gut aufgehoben hatte. Nun unterließ aber das Ehe-

paar, von der Wiedererlangung Anzeige zu erstatten; weil es sich „schämte, seinen Irrtum einzugestehen“. Ein Schutzmann hatte die Weiden noch darauf aufmerksam gemacht, daß es doch besser sei, nochmals nachzusehen; vielleicht gänzlich ausgeschlossen bezeichnet. Erst nach Ablauf von acht Tagen erwähnte die Frau gesprächsweise einem anderen Schutzmann gegenüber, daß der Beutel wieder da sei. Nunmehr erstattete dieser Anzeige, und die Folge war, daß das Landgericht den Mann zu 3 Wochen, die Frau zu 1 Woche Gefängnis verurteilte und zwar wegen Freiheitsberaubung, da sie durch Unterlassen der Anzeige verschuldet hatten, daß der wegen Diebstahlsverdachts Verhaftete acht Tage eingesperrt worden war. — War es wirklich notwendig, den Unschuldigen so lange in Haft zu lassen? —

Vulkanausbrüche auf einer japanischen Inselgruppe.

Eine Inselkette, die sich im Norden der Bonin-Inseln im Stillen Ocean hinzieht, ist von vulkanischen Ausbrüchen heimgegriffen worden. Völlig verwüstet wurde die Insel Torishima, deren ganze Bevölkerung, bestehend aus 150 mit Guanoförderung beschäftigten Leuten, umkam. Unterseeische Eruptionen machen jede Annäherung an die Insel gefahrvoll.

Kleine Tageschronik. Im Kanton Wallis sind der Berner Gerichtspräsident Alexander Bargin und ein Schweizerischer Ingenieur bei Berglourten tödlich verunglückt. — Der Stadtgemeinde Schwabmünchen ist eine Millionen-Erbchaft zugefallen, deren Betrag dazu bestimmt ist, die Not unter den armen schlesischen Handwebern zu mildern. Der Erblasser ist der kürzlich in Hirschberg verstorbenen Direktor Adolf Kassel. — Nach einer Bekanntmachung des Quarantänedirektors in Bremen haben unterliegen aus Odessa kommende Seeschiffe gesundheitspolizeiliche Kontrolle, da dort pestverdächtige Erkrankungen vorgekommen sind. — Der Schuhmacher Löpfer in Leipzig, der die Witwe Diebe ermordete und sich dann selbst schwer verwundete, ist seinen Verletzungen erlegen. — In München fielen bei einer Fassadenreparatur am Mittelbäcker Palais zwei Arbeiter von einem Gerüst und waren auf der Stelle tot. — Vom Blitz getroffen wurden in Falkenhagen im Kreise Ludow vier Arbeiter, die während eines heftigen Gewitters Schutz unter einer Weide gesucht hatten. Einer der Verunglückten ist tot, die anderen drei sind schwer verletzt worden. — In Straßburg verunglückten bei der Abnahme eines am Dache der Kaserne angebrachten Baumgerüsts zwei Zimmerleute dadurch, daß sie mit einem Teile des Bretterbelags auf die Straße stürzten. Beide waren sofort tot. — Zwei Handwerksburschen wurden in Warburg bei Kassel verhaftet, da sie bringend verdächtig sind, vor vier Jahren bei Gernete einen Wandergesellen ermordet und seine Leiche ins Wasser geworfen zu haben. — In Prag ist das Elektrizitätswert des Eisenwerks der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt 200 000 Kronen. Der Betrieb des Eisenwerks erleidet keine Unterbrechung.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 20. August. Aus Amsterdam berichtet die „Frankfurter Zeitung“: In der gestrigen Sitzung der Amsterdamer Handelskammer wurden Klagen berührt, die über die schlechte Telephonverbindung Amsterdams mit Süddeutschland, vornehmlich mit Mainz und Mannheim geführt worden sind. Der Generaldirektor der holländischen Post jagte bereits Abhilfe zu, die in Gemeinschaft mit der deutschen Verwaltung getroffen werden soll.

Pietermaritzburg, 20. August. Private Berichte schildern die Lage in Johannesburg als äußerst kritisch. Der Lebensunterhalt in der Stadt hat sich um ca. 50 Prozent verteuert. Die Zahl der Arbeitslosen ist bedeutend; überall macht sich eine Lohn-Reduktion bemerkbar. Die Not ist groß.

Frankfurt a. M., 20. August. Von dem gestern 8 Uhr 20 Minuten hier fälligen D-Zug Nr. 75 Basel-Frankfurt-Hamburg entgleisten zwischen Rixheim und Mühlhausen der hintere, sowie der britischste Personenwagen. Es wurden einige D-Wagen mehr oder weniger beschädigt; von den Passagieren und dem Personal wurde niemand verletzt.

Mailand, 20. August. Vergangene Nacht wurde wiederum ein Dynamit-Attentat auf der Gotthardbahn verübt. Eine Dynamit-Patrone wurde zwischen Como und St. Gotthard vorgefunden, dieselbe war an den Schienen befestigt, wurde jedoch glücklicherweise von einem Güterzuge aus ihrer Lage gebracht, wodurch großer Schaden verhindert wurde.

Paris, 20. August. Der „Matin“ berichtet aus Petersburg: Das Ende der Manöver war von einer Unglücks-Katastrophe begleitet. Bei einer Attacke stürzte eine Schwadron Kavallerie in einen Fluß, wobei 40 Mann ertranken.

Frankfurt a. M., 20. August. Aus New-York wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: In Essex-Street brannte ein Wirtshaus ab, wobei es fünf Tote und viele Verletzte gab. — In Scranton (Pennsylvanien) wurden zwei Streikbrecher aus dem Hinterhalt tödlich verwundet.

Singapore, 20. August. Die Stadt Pontianak auf der Insel Borneo, ein bedeutender Handelsort, ist fast gänzlich durch Feuer zerstört worden. Der Schaden ist bedeutend, viele Einwohner sind in den Flammen umgekommen.

Paris, 20. August. (Eig. Draht.) Unter Vorsitz von François Coupee und der Baronin Reille fand gestern ein Protestmeeting statt. Am Schlusse seiner Ansprache forderte Coupee die Zuhörer auf, die Steuerzahlung zu verweigern.

Bonn a. Rh., 20. August. (Eig. Draht.) Der Musikleiter Feldhäuser von der 2. Kompanie des 58. Infanterieregiments in Koblenz wurde vom Kriegsgericht wegen Strafenraubes zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Feldhäuser hatte in der Nacht zum 20. April den Hausmeister des römischen Museums in den Gartenanlagen überfallen und ihn über 300 Mark bares Geld, sowie eine goldene Uhr geraubt.

Paris, 20. August. (Eig. Draht.) Aus St. Méans wird berichtet, daß die Volksmenge das dem Grafen Detournelle gehörige Schloß „Creous“ angegriffen hat. Die Dienerschaft wurde gejagt und das Innere des Schlosses verwüstet.

Ausserord. General-Versammlung

Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgegend

im Saale des „Dreikaiserbund“

am Dienstag, den 26. August 1902, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Der diesjährige Parteitag in München.

2. Beratung der eingegangenen Anträge:

- a) Der Parteitag wird ersucht, in einer geeigneten Weise zu der Art der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen Stellung zu nehmen, event. durch Anordnung eines Parteitages für Preussen.
- b) Der Parteitag möge beschließen, daß die Tages-Ordnung zum Parteitag früher als bisher, und zwar möglichst ein Vierteljahr vor dem Stattfinden des Parteitages seitens des Partei-Vorstandes bekannt gegeben wird.
- c) Die Magdeburger Genossen beantragen, den nächsten Parteitag in Magdeburg abzuhalten.

3. Delegiertenwahl und Festsetzung der Diäten.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Halberstadt. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Donnerstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr

bei Mag. Bollmann, Saatenstr. 63

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Statutenberatung. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Vorläufige Anzeige!

Luisen-Park

Sonntag, den 24. August

nachmittags von 3 Uhr ab

Grosses Garten-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Herrn Carl Kilian unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeisters und unter gütiger Mitwirkung der Mandolin-Gesellschaft „Mandolina“, 12 Herren. Hochachtungsvoll

Carl Lankau.

Gratis

verlange man von jedem Kolporteur ein Verzeichnis von Meyers Volksbüchern. Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme.

Der Neue Welt-Kalender für 1903

Preis 40 Pfg.

..... 27. Jahrgang
80 Seiten 4^o — reich illustriert

Preis 40 Pfg.

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor: Pharaos Traum. Erzählung von Emil Rosenow. — Morgenrot. Gedicht von D. Bessen. — Volksrecht. Gedicht von R. Seidel. — Bruno Schönlank (mit Portrait). — Ein Glückspilz. Erzählung von R. Schweichel. — Karl Bierck (mit Portrait). — Wie man vor 150 Jahren Buchbindergefelle wurde. Von Dr. Adolf Braun. — „Ach, was versteht Du davon!“ Skizze von Helma Steinbach. — Wie wiegt man die Erde? — Russische Revolutionen. — Prüfung von Schiffsmobelen. — Außerdem: 4 Kupferdruckbilder 1 Bierfarbendruckbild: Abschied. — Ein Wandkalender.

Wir bitten unsere Leser, den Neue Welt-Kalender recht bald zu kaufen!

An unsere auswärtigen Kolporteur! Wir ersuchen um sofortige Aufgabe des Bedarfs, um rechtzeitig die benötigten Exemplare des Neue Welt-Kalenders verschicken zu können. Buchhandlung Volksstimme.

Wichtig für jeden Radfahrer, Reisenden und Touristen!!!

Wanderkarte der Umgebung von Magdeburg 80 Pf.

Plan von Magdeburg. Mit alphabetisch geordnetem Verzeichnis der Straßen, Plätze etc. 80 Pf.

Universal-Radsport-Karte von Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig u. Hannover 1.50 Mk.

Reise- und Eisenbahn-Karte von Deutschland u. den angrenzenden Ländern 50 Pf.

Scherms Reisehandbuch 1.50 Mk.

Buchhandlung Volksstimme
Jakobsstraße 49.

Möbel in allen Holzarten, Särge in allen Größen liefert zu billigen Preisen A. Göbel 343 Schönebeck, Breitweg Nr. 40

Sofas
Divans
Kinderwagen
Spiegel
Uhren
Regulateure

Anzahl 5 Mk.

S. Osswald

Magdeburg 229
Alle Ulrichsstraße 14 I.

Unentbehrlich für jedermann!

30 Pfg. Statistisches Nachschlagebüchlein 30 Pfg.

Notizen und Zahlen

Von H. Deringer.
Enthaltend statistische Notizen und Zahlen über alle Länder.
Es ist, wie der „Vorwärts“ schrieb
„Die Welt in der Brieftasche“.
Jedem Arbeiter, jedem Handwerker empfehlen wir dies Büchlein zur Anschaffung.

Buchhandl. Volksstimme.

Wie schätzt man sich
Raubzeug und Ungeziefer aller Art?
Von Bernhard Wolfshofer
Preis 1 Mark.
Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme.

Schönebeck. Partei-Versammlung
Donnerstag, den 21. August abends 8 Uhr
in der Reichshalle.
Tages-Ordnung:
1. Die Kreis-Konferenz in Duedlinburg und Wahl der Delegierten zu derselben. 390
2. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.

Verband der Fabrik- und Landarbeiter
Zahlstelle Magdeburg.
Nachruf.
Heute starb plötzlich an den Folgen eines Unfalles der Kollege
Friedr. Sengespeck.
Derselbe war uns stets ein treuer Kollege. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonnabend vormittag 11 Uhr vom Neustädter Krankenhaus aus statt.
Der Kollege war Mitglied der Sterbenerstützungskasse.
Die Verwaltung.

Wie baut man ein Wohnhaus?
Von Otto Siegel.
Mit vielen Zeichnungen.
Preis 1 Mk.
Buchhandl. Volksstimme

Suche ein junges Mädchen.
Carl K...
Witkeia-Theater.
Donnerstag, den 21. August 1902.
Seimat.
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.

Standesamt.
Magdeburg, 19. August.
Aufgebote: Wolfspinnereibesitzer Otto Mähling mit Marie Grebe in Debitzfelde. Restaurateur Reinhold Döbel hier mit Johanne Dverbed in Essen a. R. Lokomotivheizer Rich. Ohnseit in Stargard in Pommern mit Ida Foelsche hier. Kaufmann Richard Gottschalk hier mit Paula Levenstein in Belgard. Goldarbeiter Gustav Krämer mit Anna Lorenz-Herrenleidermacher Richard Drechsler mit Maria Haasemann. Maurer Ernst Kleine in Groß-Dittersleben mit Anna Vorbeer in Klein-Dittersleben.

Heftliche Klagen: Fabrikarbeiter Karl Lüders mit Anna Brojahn. Regierungs-Kanzlei-Diätar Louis Wille mit Ida Schulz Arbeiter Friedrich Müller in Cracun mit Ida Hilger hier. Arbeit. Paul Schumann mit Emma Walle.

Geburten: Gerhard, S. des Buchhalters Ernst Müller. Arula, S. des Gerichts-Assessors Dr. jur. Otto Bödelmann. Fritz, S. des Friseurs Friedrich Höning. Hans, S. des Schulkastellans Bernhard Schönstein. Erna, S. des Kutshers Franz Hoffmeister. Oskar, S. des Hüttenmeisters Ernst Kühlemann. Fritz, S. des Schmieds Friedrich Schmidt.

Todesfälle: Kurt, S. des Schneiders Albrecht Fohr, 1 M. 13 T. Bernhard, S. des Fahrradhändlers Bernhard Hagedorn, 2 M. 23 T. Karoline geb. Hildebrandt, Witwe des Privatmanns Gottlieb Weber, 68 J. 7 M. 4 T. Elisabeth, S. des Konditors John Rachtgens.

Schönebeck.
Aufgebote: Kaufmann Karl Gieseler in Rügen mit Meta Hammer hier.
Geburt: Beate, S. des Maurers Albert Heimberg.

5 M. 5 T. Laurette geb. Dellth, Ehefrau des Eisenbahn-Zeichners Christian Sorg, 67 J. 10 M. 25 T. Erich, S. des Arbeit. Carl Kilian, 1 M. 18 T. Gustav Weidener, Buchbindergehilfe, 32 J. 3 M. 28 T. Elsa, S. des Kaufmanns Max Beneke, 1 M. 12 T. Witwe Marie Bölsche geb. Viehgoit, 88 J. 3 M. 24 T.

Totgeburt: S. des Schloss-Friedrich Teuchert.
Sudenburg, 19. August.
Aufgebote: Lokomotivheizer Heinrich Wilhelm Steinmann hier mit Alma Selma Martha Blante in Röhren.

Geburten: Walter, S. des Klempners Ernst Riese. Hugo, S. des Schlossers Hugo Köhner. Willi, S. des Arbeiters Gustav Meyer.

Todesfälle: Dorothee geb. Werner, Ehefrau des Arb. Jakob Hempel in Wolmirsteilen, 51 J. 9 M. 7 T. Ludwig Schulz, pension. Feuerwehrfahrer, 53 J. 9 M. 7 T.

Buckau, 19. August.
Aufgebote: Deutscher Oskar Wieje mit Auguste Georgine Luise Burgemeister. Straßend-Schaffner Friedrich Wilhelm Thies mit Anna Wilhelmine Marg. Monteur Max Friedrich Karl Albrecht in Düsseldorf mit Wilhelmine Marie Luise Anhalt.

Todesfälle: Arbeiter Wilhelm Niechoff, 72 J. 7 M. 10 T.
Neustadt, 19. August.
Aufgebote: Hilfsknecht Kar Friedrich Albert Jachert in Buckau mit Frieda Anna Böwe hier.

Geburten: Rudolf, S. des Tischlers Rudolf Berg. Charlotte, S. des Schneiders Friedr. Schulz. Heinz, S. des Lehrers Ernst Wittmann.

Todesfälle: Witwe des Gastwirts Christian Krebs, Elisabeth geb. Krull, 56 J. 7 M. 23 T. Paula, S. des Maschinisten Roman Sarosta, 7 M. 1 T.

Mischerleben.
Heftliche Klagen: Bezirksfeldwebel Hermann Dreier mit Ida Marx.
Geburten: S. unehel. S. des Arbeiters Karl Wächter. L. des Geschirrführers Wilhelm Dannewitz. S. des Schuhmachers Josef Richter. S. des Arbeiters Gustav Sehner. S. unehel.

Todesfälle: Karl, S. des Arbeiters Robert Blum, 11 M. 1 T. Frieda, S. des Eisenh. Rich. Kerjan, 3 M. 15 T. Gustav, unehelich, 20 T.

Schönebeck.
Aufgebote: Kaufmann Kar Gieseler in Rügen mit Meta Hammer hier.
Geburt: Beate, S. des Maurers Albert Heimberg.

Senden Sie uns Ihre Adresse, und wir senden Ihnen ohne Kaufverbindlichkeit und portofrei Ansichtssendung der „Modernen kaufmännischen Bibliothek“ damit Sie diese für den Kaufmann unentbehrliche Sammlung aus eigener Anschauung kennen lernen.
Dr. jur. Ludwig Huberti
Verlag der „Modernen kaufmännischen Bibliothek“
Leipzig, Johannisplatz 35.
Für Kaufleute!

Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg
unentgeltlich
Männliche Abteilung: Rathauskolonnaden an der Johannisbergstraße.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.
Kostenlos Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitkräften, sowie fernem Personal nach hier und auswärts.
Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7